Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17 Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 278 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.50 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.— Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 15.—; monatlich 5.— Mk Bestellgeld extra. | Halle, Freitag, den 26. November 1920 | Anzeigenpreis: Im doppelspaltigen ... Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespalten Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang.

Sie haben es geschafft.

Die Verdienste der Alt- und Neukommunisten werden von Tag zu Tag größer. Sie sorgen dafür, daß aus sozialdemokratischen Mehrheiten Minderheiten werden und daß noch etwa vorhandene Mehrheiten jeden Wert und jede Aktionsfähigkeit verlieren. Auf die Zerstörung der Arbeitermassen in Großthüringen und Sachsen folgt die Zerstörung der Arbeitermassen in Groß-Berlin. Zur Freude der sich die Hände reichenden reaktionären Bourgeoisie haben jetzt die Berliner Neukommunisten den Oberbürgermeister Wermuth zur Strecke gebracht. Wermuth stammte ursprünglich aus dem konservativen Lager, aber schon vor dem Kriege hat er als Berliner Oberbürgermeister eine weit konsequentere Politik der kommunalen Selbstverwaltung getrieben als seine liberalen Vorgänger. Nach der Revolution näherte er sich den Arbeiterparteien erheblich und stand den Unabhängigen näher als der Sozialdemokratie. Je weiter Oberbürgermeister Wermuth nach links rückte, desto verhaßter wurde er den Bürgerlichen, die ihn nicht nur bekämpften, weil sie in ihm einen Renegaten sahen, weil Wermuths großes Können und Wissen seine Linksentwicklung ihnen besonders gefährlich zu machen schien. Der Elektrizitätsarbeiterstreik wurde ausersehen, um Wermuth das Genick zu brechen. Die Gesamtheit der Bürgerlichen im Berliner Stadtparlament bereitete einen Mißtrauensantrag gegen Wermuth vor, weil er nicht in Scharfmachermanier gegen die Streikenden mit Gewalt vorgegangen war, sondern die Sache durch Verhandlung beigelegt hatte. Wermuth hätte diesen Antrag nicht zu fürchten brauchen, wenn die sozialistische Mehrheit fest hinter ihm gestanden hätte. Aber dank den Neukommunisten war diese Mehrheit keine Mehrheit mehr, gegen ihr Versprechen stützten diese Wermuth nicht und dieser ging. Ein neukommunistischer Erfolg der Reaktion.

*

Der „Vorwärts" schreibt darüber:

Oberbürgermeister Wermuth hat an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Abschied erbittet. Er begründet diesen Schritt, den das ganze arbeitende Berlin mit dem größten Bedauern zur Kenntnis nehmen wird, mit seinem angegriffenen Gesundheitszustand. In Wirklichkeit fällt Wermuth über den Elektrikerstreik, fällt er, weil ihm sämtliche bürgerliche Parteien die Fehde angesagt haben und weil eine einheitliche sozialistische Mehrheit fehlt, auf die er sich stützen kann.

Die bürgerliche Presse, voran die deutschnationale, wird heute Halali blasen. Aber sie darf sich nichts einbilden. Der Ruhm, dieses Wild zur Strecke gebracht zu haben, fällt den Neukommunisten zu. Wermuths Sturz ist ihr erster „positiver Erfolg" seit ihrer Abspaltung von den Unabhängigen.

In der Stadtverordnetenversammlung soll heute die Debatte über den Elektrikerstreik stattfinden, die am letzten Donnerstag wegen Ueberfülle der Stoffe verschoben werden mußte. Zu dieser Debatte lagen schon in der vorigen Woche vier Anträge der bürgerlichen Parteien vor, die alle für den Magistrat und den Oberbürgermeister recht unfreundlich lauten. Um diesem Anschlag der Bürgerl. zu begegnen, beschloß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion am 16. Nov. ein Vertrauensvotum für den Oberbürgermeister, das von allen sozialistischen Fraktionen unterzeichnet und angenommen werden sollte. Es kam ein Antrag zustande, der unter gleichzeitiger Ablehnung aller anderen Anträge dem Oberbürgermeister für seine aufopfernde Tätigkeit im Dienste der unbemittelten Bevölkerung Berlins die Anerkennung ausspricht. Dieser Antrag erhielt die Unterschriften der drei sozialistischen Fraktionsvorstände.

Heute sollte nun dieser gemeinsame Antrag zur Abstimmung gelangen. Inzwischen war aber etwas passiert, was jeder voraussehen konnte, der die Kommunisten kennt. Die Kommunisten fielen nämlich um, sie zogen ihre Unterschrift zurück und erklärten, nunmehr auch für das Vertrauensvotum nicht mehr stimmen zu können. Warum? Nicht das Geringste war geschehen, was sie zu einer Aenderung ihrer Haltung veranlassen konnte, sie haben sich nur die Sache wieder anders überlegt, nachdem ihre noch verhältnismäßig vernünftigen Führer in einer Fraktionssitzung am letzten Dienstag fürchterlich abgebürstet worden waren.

Als Ergebnis der heutigen Stadtverordnetensitzung war daher zu erwarten, daß die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen Wermuth vorgingen, während bei der sozialistischen Mehrheit eine gleiche Geschlossenheit nicht in Erscheinung trat. Ein Berliner Oberbürgermeister kann aber gegen die Bürgerlichen nur dann regieren, wenn die sozialistische Mehrheit mehr als brüchiges Gestein oder bloßer Flugsand ist. Darum ist der Oberbürgermeister Wermuth zurückgetreten.

Sein Rücktritt bedeutet unter solchen Umständen das Symptom einer schweren Krise im Berliner Gemeindeleben. Diese Krise ist eingeleitet worden durch den wilden Elektrikerstreik, den die Kommunisten gegen die sozialistische Stadtverwaltung anzettelten, sie ist jetzt zum Ausbruch gekommen durch die Unzuverlässigkeit der Neukommunisten, die in entscheidenden Augenblicken, in denen an ihre Solidarität appelliert wird, glatt versagen.

Eine Debatte über Irland.

London, 25. Nov. In der gestrigen Unterhausdebatte über Irland erklärte Greenwood noch, es seien Komplotte entdeckt worden, die die Ermordung von Ministern in England bezweckten. Die Mörder in Irland würden für ihre Verbrechen bezahlt; es sei ein bestimmter Preis auf den Kopf ausgesetzt. Er werde jeden Tag gedrängt, das Parlament um Annahme eines Gesetzes zu ersuchen, nach dem die Polizei und das Militär berechtigt sein würden, jedermann, der mit Waffen in der Hand angetroffen wird, zu erschießen oder zu verhaften. Er wolle dies jedoch solange wie möglich vermeiden.

Im Oberhaus hielt Grey eine Rede über die irische Frage. Grey drang auf die Annahme seiner Vorschläge über die Gewährung von Dominions-Homerule für Irland.

Branting über Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Paris, 25. Nov. Branting erklärte dem Genfer Korrespondenten des „Journal des Débats", alle in Schweden seien dafür, daß Deutschland so rasch wie möglich in den Völkerbund aufgenommen werde. Die Schweden würden das Gefühl Frankreichs verstehen, das Beweise der deutschen Aufrichtigkeit haben wolle, bevor es seiner Aufnahme in den Völkerbund zustimme. Er persönlich habe die Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung bereit sei und den aufrichtigen Wunsch habe, den Friedensvertrag auszuführen.

Internationale Rechtspflege im Saargebiet.

Bern, 25. Nov. Die Schweizerische Depeschenagentur erfährt, daß neben Professor Nippold und Professor Follecte-Bern als dritter internationaler Richter im Saargebiet Rechtsanwalt Allenbach in Interlaken ernannt worden sei.

Der Reichswehretat.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurden bei der Beratung des Reichswehretats erbitterte Kämpfe geführt um die Herabminderung der Zahl der höheren Offiziere. Namentlich unsere Genossen Stücklen und Schöpflin traten dafür ein.

Der Minister und seine Räte und die meisten bürgerlichen Redner versuchten, nachzuweisen, daß die geforderten höheren Stellen unentbehrlich seien, wenn die als hervorragende Fachleute bewährten Herren fernerhin in der Reichswehr erhalten bleiben sollen. Schließlich wurde auf Antrag der Sozialdemokraten die Zahl der kommandierenden Generäle von fünf auf drei herabgesetzt. Dagegen wurde der Antrag der Sozialdemokraten, statt 14 Generalleutnants nur 10 zu setzen, abgelehnt und die volle Zahl bewilligt. Statt der geforderten 125 Obersten wollten die Sozialdemokraten 98 setzen. Der Ausschuß bewilligte aber 110. Ebenso hatten die Sozialdemokraten nur 26 Generalmajore anstatt der geforderten 34 bewilligen wollen, der Ausschuß bewilligte 28. — Der Demokrat Heile rügte es, daß der General Graf von Hülsen befördert worden sei, obgleich er sich beim Kapp-Putsch geweigert hatte, zu erklären, daß er auf dem Boden der jetzigen Verfassung stehe. Der Vertreter des Wehrministeriums konnte diese Tatsache nicht bestreiten, aber mühte sich damit ab, dem Ausschuß an Hand der amtlichen Feststellungen zu versichern, der Graf sei ein besonders tüchtiger und bewährter Offizier. Der Ausschuß nahm einen Antrag des Abg. Heile an, daß ein Offizier, der nicht auf dem Boden der Verfassung steht, auch nicht der Reichswehr angehören kann. Leider wurde nicht festgestellt, was jetzt mit dem Grafen von Hülsen geschehen soll.

Am nächsten Tage wurde dann der sozialdemokratische Antrag, von der Zahl der 646 aufgestellten Staatsoffiziere 100 zu streichen, abgelehnt und nach einem bürgerlichen Antrag die Zahl derselben auf 600 festgesetzt. Auf Anfrage Henke (U. S. P. rechts) über die Beförderung von Unteroffizieren zu Offizieren, antwortet General von Braun (R. W. M.), daß es in der nächsten Zeit nicht möglich sei, Offiziere aus dem Mannschaftsbestand zu Hauptleuten zu befördern. Demgegenüber wies unser Gen. Stücklen darauf hin, daß die Ablehnung der Vermehrung der Hauptmannsstellen unter keinen Umständen ein Grund sein darf, Offiziere aus dem Mannschaftsstand nicht zum Hauptmann zu befördern. Er behält sich vor, eventuell gewisse Garantien zu verlangen, daß ein bestimmter Prozentsatz der beförderten Offiziere dem Mannschaftsstande entnommen sein müssen.

Vor der Abstimmung in Oberschlesien.

Berlin, 26. Nov. Wie die „Voss. Ztg." aus Kattowitz meldet, hat die interalliierte Abstimmungskommission die Bildung von Abstimmungsausschüssen für alle Gemeinden Oberschlesiens binnen fünf Tagen angeordnet.

Die neue Zeitungsgebühren-Ordnung, die ursprünglich bereits am 1. Juli in Kraft treten sollte, deren Inkrafttretung dann aber auf Wunsch der Zeitungsverleger zweimal hinausgeschoben wurde, tritt laut Kabinetsbeschluß nunmehr am 1. Januar 1921 in Wirksamkeit.

Um Oberschlesien.

Genosse Hermann Salomon schreibt aus Oberschlesien:

Schweren Kampftagen folgen in der Regel Tage der Ruhe und Sammlung. Dies zeigt sich augenblicklich auch in Oberschlesien. Die sich gegenüberstehenden Gegner, Deutsche und Polen, d. h. nach Polen neigende deutsche Staatsbürger, versuchen gegenseitig die Schuld der verübten Bestialitäten von sich auf den andern abzuwälzen. Es steht fest und ist nicht durch noch so viele Zeitungsartikel, Broschüren und Weißbücher aus der Welt zu schaffen, daß die von polnischer Seite verübten Gewalt- und Greueltaten von langer Hand vorbereitet sind und die auf deutscher Seite während der ersten Kampftage erfolgten Uebergriffe weit in den Schatten stellen. Wir haben keinen Anlaß, die Schuld deutschnationaler Kreise während der ersten Kampftage in der letzten oberschlesischen Aufstandsbewegung abzustreiten. Der Arbeiterschaft ist hieraus kein Vorwurf zu machen; sie hat jedwede Gemeinschaft mit diesen Elementen abgelehnt und weiß sich frei von jeder Schuld. Das Streben der oberschlesischen Gewerkschaften und Parteigenossen ging dahin, von ihrem Lande die polnisch-russische Kriegsfurie fernzuhalten und der Neutralitätserklärung der deutschen Regierung auch in Oberschlesien Geltung zu verschaffen. Die Arbeiterschaft war sich bewußt, daß, wenn sie nicht alle gesetzlichen Mittel gegen die geheimen und offenen Machinationen der Franzosen und Polen in Anwendung brächte, Oberschlesien als Aufmarschgebiet französischer Truppen gegen Rußland und für Munitionstransporte für das polnische Heer benutzt würde.

Das Streben der polnisch gesinnten Bevölkerung mit der Unterstützung französischer Truppen und polnischer Insurgenten ging aber weiter. Sie wollte die letzte Aufstandsbewegung dazu benutzen, in einem kühnen Streiche Oberschlesien zu besetzen, die laut Friedensvertrag vorgesehene Abstimmung gegenstandslos zu machen, Oberschlesien als Rekrutierungsgebiet für das polnische Heer zu benutzen und die oberschlesische Schwerindustrie zur Munitionserzeugung zu pressen. Fürwahr ein großes Ziel, das mit keinem Preis zu teuer erkauft werden konnte. Neben den polnischen Gewalttätigkeiten, Besetzung von Ortschaften, Städten und Bahnhöfen, die von der französischen Besatzung mit verschränkten Armen geduldet wurden, rollte, genau wie im früheren Rußland, der Rubel, die polnische Mark. Sie überschwemmte ganz Oberschlesien und allüberall erstanden käufliche Subjekte, die in fanatischer Weise die deutschgesinnte Bevölkerung tyrannisierten und hinmordeten. Die Wochen der letzten Aufstandsbewegung in Oberschlesien im August und September werden denjenigen, die sie miterlebten, fest im Gedächtnis geprägt bleiben. Sie überbieten in mancher Beziehung die Greuel des Weltkrieges.

Zurzeit wird in Oberschlesien, abgesehen von Einzelfällen, nicht mehr mit Handgranaten, Dolch, Gewehren und Maschinengewehren gearbeitet, sondern an Stelle dieser Waffen traten systematische Verhetzung und krasseste Korruption. Hierbei spielte die polnische Mark wieder eine sehr bedeutende Rolle. Polnisch gerichtete Zeitungen schießen wie Pilze aus der Erde, in allen Städten werden Hotels mit polnischem Gelde aufgekauft und polnische Bankinstitute überschwemmen Oberschlesien und gewinnen immer mehr Einfluß auf Stadt- und Landkreisbevölkerung und auf die oberschlesische Berg- und Hüttenindustrie. In unbeschränkter Höhe werden Darlehen verabfolgt. die Bevölkerung in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den polnischen Banken gebracht, und der polnische Blätterwald tut sein übriges zur Stimmungsmache gegen Deutschland. Zur besonderen Beachtung möchte ich der deutschen Regierung empfehlen, ihr Augenmerk auf die Bergwerke und auf die Hüttenindustrie zu lenken, polnisches und französisches Kapital sind an der Arbeit. Ich glaube, es bedarf keiner weiteren Worte.

Die Arbeiterschaft Oberschlesiens hat diese Gefahren längst erkannt, ist aber ohnmächtig, sie zu bannen. Dieselben Erscheinungen zersplitterten und zerklüfteten Deutschland und lähmten ihre Aktionskraft. Hinzu kommt noch der nationale Gegensatz zwischen den polnisch- und deutschgesinnten Arbeitermassen, der ein geschlossenes Handeln zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung Oberschlesiens von vornherein ausgeschlossen erscheinen läßt. Blindlings taumelt das oberschlesische Volk dem Unheil entgegen. Weite Kreise, vornehmlich dem Arbeiterstande angehörend, vermögen die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, die politischen Treibereien eines Korfanty, die französische Politik eines Le Rond nicht zu verstehen. Für sie ist der augenblickliche materielle Vorteil alles, die Zukunft nichts. Geradezu klassisch ist in Oberschlesien der Materialismus ausgeprägt; um wenige Mark verkauft man dort die Gesinnung und Ueberzeugung. Ein Beispiel hierfür aus jüngster Zeit. Die Stadtverwaltungen, die großen Werksbesitzer, als auch die wirtschaftlichen Verbände bemühten sich um große Kartoffeleinkäufe. Einzelnen Werken und Wirtschaftsverbänden war es auch gelungen, große Abschlüsse zu tätigen und die Kartoffeln konnten zum Preise von 20 bis 22 Mk. der Zentner abgegeben werden. Dieser Erfolg ließ den polnischen Verbänden und Drahtziehern keine Ruhe, sie erwirkten auch große Abschlüsse, boten die Kartoffeln zu 15 Mk. Bedingung beim Bezuge war, Mitglied einer polnischen Berufsver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201126-10/fragment/page=0001
DFG

einigung zu werden und den Beitrag für ein halbes Jahr im voraus zu entrichten. Nicht Hunderte, sondern Tausende, darunter leider auch organisierte deutsche Arbeiter und Gewerkschaftsgenossen, bissen an diesen Köder. Sie treten aus den Verbänden aus und wurden für billige Kartoffeln stramme Anhänger polnischer Berufsverbände. Dies ist nur ein Beispiel von vielen.

Wir sind uns klar darüber, daß Deutschland kein schwererer Schlag treffen könnte, als Oberschlesien zu verlieren. Zu dem schon vorhandenen Elend, grausiger Not und Entbehrungen aller Art würde bei Verlust Oberschlesiens der deutschen Volkswirtschaft und seiner Industrie nicht nur der Dolch ins Rückgrat, sondern direkt ins Herz gestoßen werden. Wir wären am Ende. Für die deutsche Arbeiterklasse würde eine Zeit unsagbaren Elends heraufbeschworen. Für Millionen wäre keine Arbeits- und Verdienstmöglichkeit mehr vorhanden, sie müßten auswandern und werden, ohne es gewollt zu haben, Lohnsklaven und Lohndrücker in fremden Staaten.

Es muß offen ausgesprochen werden, die Verhältnisse in Oberschlesien stehen für uns nicht sehr günstig. Es nutzt uns gar nichts, wollten wir im übrigen Deutschland bei Gelegenheit von Demonstrationen für unsere oberschlesischen Brüder uns selbst etwas vorgaukeln, Versammlungen und festliche Veranstaltungen zugunsten Oberschlesiens, wie vor wenigen Tagen auch eine in Frankfurt a. M. stattfand, mit Dr. Langer und Eduard Gräf als Festredner, helfen über die realen Geschehnisse und Tatsachen nicht hinweg. Die deutsche Arbeiterklasse muß zur Tat schreiten, da die Regierung versagt, vielleicht auch nicht in der Lage ist, weil sie durch den Versailler Vertrag gebunden, eine Aenderung herbeizuführen.

Der Kampf um Oberschlesien wird und darf m. E. nicht in Oberschlesien selbst ausgefochten werden. Gleich wie das Abstimmungsergebnis ausfällt, keine der beiden Parteien wird sich dem Plebiszit unterordnen, sondern wird versuchen, das Ergebnis zu korrigieren. Der Bürgerkrieg in rohester Form, Gewalt und Terror wird alles bisher in Oberschlesien Erlebte weit in den Schatten stellen. Man darf die oberschlesische Bevölkerung nicht mit derjenigen in Nord- oder Süddeutschland auf eine Stufe stellen. Ein Urteil hierüber steht nur dem zu, der Land und Leute kennt und während der letzten Aufstandsbewegung an Ort und Stelle kennengelernt hat. — Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften Deutschlands müssen wegen ihrer selbst andere Wege gehen. Eine Abstimmung wird und kann bei der derzeitigen Besetzung des Landes keine einwandfreie sein. Sie wird jeder demokratischen Grundlage und jedes freien Selbstbestimmungsrechtes entbehren. Die gewerkschaftliche und die sozialistische Internationale muß aufgerufen werden, sie müssen eine Revision des Versailler Vertrages, besonders für Oberschlesien, durchsetzen. Dies ist eine Lebensfrage für das gesamte deutsche Proletariat und sollte in Anbetracht der drohenden Gefahren allen Haß und Hader, alle Parteispaltung und Zerklüftung in den Hintergrund treten lassen.

Wer an diesem Ziele nicht mitarbeitet, der vermag sich nicht von dem Vorwurfe des Verrats an der deutschen Arbeiterklasse zu befreien. Auf ihm wird der Fluch von Millionen vernichteter Proletarierexistenzen lasten.

Deutscher Reichstag.

Autonomiegesetz.

Die Zeit der Abstimmung in Oberschlesien rückt heran — nach bisher noch unverbindlichen Pressemeldungen wird sie im Februar 1921 stattfinden. Deshalb war es höchste Zeit, daß das oberschlesische Autonomiegesetz, das nach langen Beratungen im Ausschuß endlich die Zustimmung fast aller Parteien fand, im Plenum verabschiedet wurde.

Fehrenbach, der ehrenwerte Reichskanzler der deutschen Republik, stellt es in seiner bekannten ernsten Art dem Hause zur zweiten Beratung vor, weist auf die Bedeutung des Gesetzes hin und bittet die Parteien, keine längeren Ausführungen daran zu knüpfen. Es wäre dies ja an sich auch durchaus unnötig, denn es ist selbstverständliche Pflicht jeder deutschen Partei — Genosse Olonsky betont dies mit sittlichem Ernst — alles zu tun, um dieses wirtschaftlich hochwichtige, kulturell deutsch durchtränkte Land dem Deutschtum zu erhalten, nicht mit den Mitteln roher Gewalt und Unterdrückung einer anderssprachigen Bevölkerungsschicht, sondern mit dem aus den neuen Geist geborenen Mitteln freier Selbstbestimmung und geistiger Eroberung. Es hätte darum nichts geschadet, wenn die Ausführungen der bürgerlichen Redner weniger die Wahlbeeinflussung und die wirtschaftliche Erhaltung in den Vordergrund geschoben hätten, sondern, wie dies in ausgezeichneter Weise Genosse Olonsky tat, dem sich der rechtsunabhängige Ledebour anschloß, auf geistige Eroberung ausgegangen wären. Dazu gehört vor allem der Hinweis, auf die in Oberschlesien geschaffenen deutschen Kulturwerte, mehr ins Auge springend dann der an die Arbeiter gerichtete Hinweis auf die ausgebildeten deutschen Wohlfahrtseinrichtungen, und besonders auf den starken politischen Einfluß der Arbeiterschaft in Deutschland, der in Polen ja nur ein verschwindender ist. Dazu gehört auch der Hinweis, daß eine Umgestaltung der Wirtschaft in sozialistischem Sinne im siegreichen Polen der Schlachta ein schier undenkbares Ereignis wäre, während es in dem industriellen Deutschland der Arbeiterschaft eine Forderung und sicher auch eine Erfüllung naher Zukunft ist.

Daß die Deutschnationalen natürlich den sonst verhältnismäßig einheitlichen Grundton der Ausführungen stören mußten, ist selbstverständlich. Sie als die altpreußischen Mannen und als die Macher jener unseligen Polenpolitik, sehen in dem Gesetz ebenso den Anfang der Zersplitterung des starken Preußens, als ein Zugeständnis an eine gemischt deutsch-polnische Bevölkerung. Für sie gibt es ja weder die höhere Rücksicht auf das Wohl des ganzen deutschen Reiches, noch einen neuen Geist, der Begriffe, wie „Selbstbestimmungsrecht“ kennt. Sie erklären deshalb auch ihre Ablehnung zum Autonomiegesetz, im Busen die Hoffnung bergend, daß dieses Gesetz mit den Stimmen der mehr Verantwortlichkeit fühlenden Parteien doch durchgeht.

Ebenfalls dagegen, wenn auch in ganz anderem Sinne und auf Grund ganz anderer Motive ist der Kommunist Dr. Levi, der wütenden Protest der Rechten erntet, als er auf die fürchterlichen Jahre der Hakatisten hinweist, wobei er allerdings die Geschmacklosigkeit begeht, das Regime unter Gen. Hörsing auf eine Stufe damit zu stellen. Im ganzen weist er nicht ungeschickt darauf hin, daß es nicht die von der Bourgoisie hervorgeholten nationalen Elemente sind, die zu einer Vereinigung Oberschlesiens mit Deutschland immer drängen werden, sondern die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, die sich in diesem Falle auch mit ihren politischen decken.

Das Gesetz wird dann gegen die Stimmen der äußersten Rechten und der äußersten Linken angenommen, der Versuch, daraus einen Präzedenzfall zu schaffen und eine 28köpfige Kommission zur Neugliederung Deutschlands einzusetzen, schlägt aber fehl.

Interessanter und vor allem bewegter dürfte der morgige Tag werden, an dem der Berliner Elektrizitätsstreik und der Antrag auf Aufhebung des Streikverbotes des Reichspräsidenten vom November auf der Tagesordnung steht.

Preußische Landesversammlung.

Justizetat, kleine Vorlagen und Volkswohlfahrt.

Am Donnerstag wurde in der Preußischen Landesversammlung nach der schnellen Erledigung des Kirchensteuergesetzes für katholische Gemeinden zunächst der Justizetat zu Ende geführt. Nach einer kurzen Bemerkung des Justizministers regte sich der Abgeordnete Stendel (D. Vp.) noch einmal gewaltig über die Angriffe unseres Genossen Heilmann auf und unternahm den hoffnungslosen Versuch, ihre Wirkung vor der Oeffentlichkeit abzuschwächen. Natürlich ist er, wie alle seine Kollegen von der Rechten bisher, mit dem reaktionären Verhalten von Richtern und Staatsanwälten durchaus zufrieden und versteht nicht, wie man überhaupt etwas daran aussetzen kann. Herr Kilian von der linken U. S. P. holt sich für eine allzusaftige Bemerkung einen Ordnungsruf und dann rechnete der Genosse Hellmann in persönlicher Bemerkung noch einmal mit dem deutschen Volksparteiler ab und beraubte ihn dadurch der ohnehin ziemlich kläglichen Wirkung, die die Rechte von dem Vorteil, das letzte Wort zu haben, erhofft hatte. Die sozialdemokratischen Anträge über den Osnabrücker Fall und die Zulassung der Frauen zum Justizdienst, werden gegen die Rechte angenommen und nachdem der gesamte Justizdienstetat angenommen ist, erledigt man in schnellem Fluge die Gesetzentwürfe über die Abänderung des Gesetzes über Landwirtschaftskammern, über neue Landeskulturämter und über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920. Der Gesetzentwurf über die Landwirtschaftskammern ist der Rechten ein wahrer Dorn im Auge und der Deutschnationale Seelmann kann sich besonders über die Auflösung des Landesökonomiekollegiums durch den Landwirtschaftsminister immer noch nicht beruhigen. Nach einer kräftigen Erwiderung unseres Genossen Wittich geht die Vorlage an den verstärkten Landwirtschaftsausschuß. Es folgt die debattelose Erledigung einer Reihe von Anträgen des Geschäftsordnungsausschusses über die Genehmigung von Strafverfahren gegen eine Reihe von Abgeordneten. Alsdann wird die Beratung des Staatshaushaltsplans fortgesetzt und eine ganze Reihe von Verwaltungstiteln ohne Aussprache angenommen. Erst beim Titel Ministerium für Volkswohlfahrt setzt die Debatte wieder ein. Unser Genosse Oswald begründet sozialdemokratische Anträge auf Unterstützung der öffentlichen und privaten Wohlfahrt und Ausbildung von Sozialarbeiterinnen. Er trägt einen umfangreichen Wunschzettel vor, dessen Erfüllung geeignet wäre, das Reichwohlfahrtsministerium zu einer wirklich segensreichen Einrichtung für unser Volk zu machen. Die Deutschnationalen wissen auch zu diesem Punkte nur wohlklingende und christliche Redensarten ohne praktische Bedeutung vorzubringen.

Das ungesetzliche Landesökonomiekollegium.

Minister Braun kam im Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung nochmals auf seine Stellung zum Landesökonomiekollegium zurück. Er teilte mit, daß das Kollegium durch königliche Verordnung eingerichtet sei, die nicht in der preußischen Gesetzessammlung veröffentlicht worden wäre. Die Verordnung hat also keine gesetzliche Grundlage. Nur das Staatsministerium ist berechtigt, das Landesökonomiekollegium aufzulösen oder seine Satzungen zu ändern. Aber auch eine sachliche Berechtigung hat das Kollegium nicht. Man muß daher überlegen, ob man die 200 000 Mark, die es jährlich erfordert, noch weiter aufwenden soll. Nach den Satzungen ist das Kollegium dazu berufen, das Ministerium zu beraten. Der gegenwärtige Vorsitzende faßt aber seine Aufgabe ganz offenbar dahin auf, den Landwirtschaftsminister zu stürzen.

Keine Militärpässe mehr!

Das Reichsministerium hat in einer Gesamtsitzung einen Kabinettsbeschluß gefaßt, nach dem die Reichsbehörden in Zukunft die Vorlage des Militärpasses nicht mehr verlangen sollen.

Das Reichsfinanzministerium, als oberste Behörde des Abwicklungswesens, soll auf die Staats- und Gemeindebehörden in diesem Sinne einwirken. Auch ist die gesamte Privatindustrie gebeten worden, hierin dem Beispiel der Staats- und Gemeindebehörden, zur Förderung einer reibungslosen und schnelleren Unterbringung von Arbeitnehmern, zu folgen und künftighin von der Vorlage eines Militärpasses bei der Einstellung von Arbeitsuchenden abzusehen.

Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, e. V.

Zu der ersten Bundestagung waren Vertreter und Vertreterinnen aus dem ganzen Reich im Herrenhause zusammengekommen. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß in den letzten Monaten in allen deutschen Ländern und Provinzen der Gedanke des Volksbundes, die deutschen Kriegsgräber im Auslande unserem Volke zu erhalten und den Angehörigen der Gefallenen die persönliche Einwirkung auf die Pflege der Gräber zu ermöglichen, mit tiefem Verständnis weitergetragen worden ist. Aus den Berichten über die Erfolge und die Erfahrungen des Volksbundes im Auslande ging hervor, daß man die Wünsche des Bundes in allen Ländern mit Entgegenkommen erfüllt. Auf Anregung der schlesischen Vertreter wurde beschlossen, die in Oberschlesien liegenden deutschen Kriegerfriedhöfe sofort in einen würdigen Zustand zu versetzen. Der Vertreter des Zentral-Nachweise-Amtes erklärte sich bereit, Reichsmittel hierfür zur Verfügung zu stellen.

Das Hebammengesetz. Der Ausschuß für Bevölkerungspolitik der Preußischen Landesversammlung beschloß in Fortsetzung der Beratung des Hebammengesetzes, daß die Anstellung der Hebammen künftig durch die Provinzialverwaltung im Einvernehmen mit den Stadt- und Landkreisen erfolgen soll. Der Ausschuß und der Minister für Volkswohlfahrt waren einmütig der Ansicht, daß das Gesetz unbedingt noch durch die Landesversammlung verabschiedet werden müsse.

„Scheidemanns 48 Millionen.“

Es läßt sich kaum noch rubrizieren, was an Verleumdung gegen die sozialdemokratischen Führer ausgeheckt wird. Die schmutzige Phantasie der Ehrabschneider übersteigt alle Grenzen. Natürlich wird die Verleumdung um so perfider und gemeiner, je christlicher und nationaler die Kreise sind, aus denen sie stammt.

Da behauptete am 26. August d. J. die in Bethel (der frommen v. Bodelschwinghschen Kolonie) erscheinende Zeitung „Auswärts“, ein antisemitisches Blatt, daß Scheidemann in der Schweiz bei Wädenswil ein großes Gut, sowie ein Vermögen von 28 Millionen Mark besitze, in der ganzen Schweiz

---

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848.

Von Wilhelm Blos.

(14. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Fordern Sie das Schicksal nicht zu keck heraus, Gräfin!“ sagte Haarzopf ernst.

„Ach was, nur keine Moralpredigten, Sie alter Griesgram,“ lachte Lolo und streichelte dem Ministerpräsidenten das Kinn. Er machte dabei ein Gesicht, bei dem er einem verliebten alten Kater ähnlich sah, und die Unterstaatssekretäre hatten Mühe, nicht laut aufzulachen.

Man stieß mit den Champagnerkelchen an; dann öffnete der eine Unterstaatssekretär eine Mappe, welche die an Lolo eingegangenen Bittschriften enthielt, die er geprüft hatte.

„Wieder lauter Geschmeiß und unverschämte Bettelbriefschreiber?“ fragte Lolo.

„So ziemlich. Nur einiges der Erörterung wert!“

„Hören lassen!“

„Der berühmte Professor Langmeyer hat an einem Werke über die sechsundzwanzig verschiedene Rechte, die im Fürstentum gelten, über dreißig Jahre lang gearbeitet. Es ist sein Lebenswerk. Er wünscht es Ihnen widmen zu dürfen!“

„Der Narr!“ rief Lolo. „Das alles hätte er weit kürzer machen können, indem er geschrieben hätte: Alle diese Rechte sind ein sechsundzwanzigfacher Unsinn! Aber wenn er nicht verlangt, daß ich das Buch lese, kann er es mir widmen!“

„Das wird er nicht verlangen.“

„Braver Langmeyer! Genehmigt! Weiter!“

„Der Schafhirt Möhler zu Wiesenthal kann aus den Linien der Hand die Zukunft lesen und möchte sich vorstellen.“

„Der soll bei seinen Schafen bleiben. Wenn auch hervorragende Geister heute noch an Wahrsagerei und Zauberei glauben — ich glaube nicht daran.“

„Der Mann hat einen Ruf.“

„Meinethalben; wenn ich nicht klüger wäre als ein Schafhirt, verdiente ich nicht Lolo Mendoza zu sein. Weiter!“

„Der Parfümeriefabrikant Martens hat eine neue Schminke erfunden, die er nach Ihnen benennen will.“

„Mag er tun. Vielleicht komme ich durch die Loloschminke auf die Nachwelt, wenn mein anderer Ruhm zum Teufel geht. Weiter!“

„Sechs Verliebte und siebzehn Bettelbriefschreiber sind der Rest.“

„Da geht es heute noch gnädig ab,“ rief Lolo. „Und ich brauche nicht einmal an den Herrn Ministerpräsidenten ein weiteres Verlangen zu stellen.“

„Was oft vorkommt, seitdem Sie das Vertrauen so großer Kreise der Bevölkerung gewonnen!“

„Sie Schmeichler!“

„Nunmehr,“ fuhr der Unterstaatssekretär mit erhobener Stimme fort, „kommt noch das wichtigste Stück unter den Einläufen, über das wir besonders verhandeln müssen. Es ist die Eingabe des Bauern Gottlob Hartmann aus Nußdorf.“

„Ach,“ meinte Lolo gähnend, „was kann dieser Gottlob Hartmann aus Nußdorf Wichtiges vorbringen? Mir wäre lieber, wir brächen für heute ab.“

„Bitte um Vergebung, aber die Sache ist, wie Sie sich überzeugen werden, in der Tat von äußerster Wichtigkeit.“

„Also — ich ergebe mich in mein Schicksal.“

Von einem Konvolut rauhen Papiers, das mit steifen, ungefügen Schriftzügen bedeckt war, las der Unterstaatssekretär nunmehr die nachfolgende Geschichte ab.

„Meine Tochter Anna,“ schrieb der Bauer, „war ein schönes Mädchen mit einem Gesicht wie Milch und Blut; eigentlich ist sie noch die Schönste im Dorf, wenn sie auch blaß geworden ist. Sie sollte den Andreas heiraten, des Huberbauern Sohn, der auch ein schmucker Bursch ist. Wir Alten hatten schon die Felder zusammengelegt und die Ochsen, die Kühe, die Kälber und die Schafe ausgesucht, die wir dem jungen Paare mitgeben wollten. Aber da kam der dreimal verfluchte, infamige, niederträchtige Kerl daher, nämlich der Forstgehilfe Leberfleck; der hat dem Mädel den Kopf verdreht. Meine Frau meint, er hätte einen Liebeszauber angewendet. Und so ist denn meine Anna guter Hoffnung, aber auch schlechter Hoffnung, denn der Andreas will sie nun nicht heiraten und der infamigte Leberfleck auch nicht. Und in solch verzweifelter Lage wollt ich die gnädige Gräfin gebeten haben, ihren Einfluß aufzubieten, daß der Grünrock meine Tochter heiraten muß und ihr Schande erspart bleibt, auch daß die Kammerkatze zur Ruhe gebracht wird, die den Leberfleck für sich haben will.“ —

„Ei, Leberfleck und Kammerkatze!“ rief Lolo, „was soll ich dabei tun? Es soll schon öfter vorgekommen sein und wird noch öfter vorkommen, daß ein gesundes Bauernmädel von einem gesunden jungen Menschen ein gesundes Kind bekommt, ohne daß die beiden vorher eingesegnet sind. Man nennt das die Unschuld vom Lande. Aber was geht das mich an?“

„Hauptsächlich wegen des zweiten Teiles der Eingabe habe ich dieselbe des Vortrags würdig erachtet,“ sagte der Unterstaatssekretär. „Da heißt es: „Wir Bauern auf dem Lande sind gar schwer gedrückt mit Lasten und Abgaben an den Staat und an die Grundherren. Wir arbeiten hart, aber was unsere Felder bringen, wird uns fast alles weggenommen. Dabei sind die Herren übermütig bis zum Hundsjungen herab, der auf der Jagd die Hundekoppel hält. Und der Hundsjunge muß immer noch einen Hundsjungen haben; darum ist solch ein vermaledeiter Forstgehilfe auch noch brutal und verhöhnt jedermann. Wir Bauern sind darob voll Zorn und Rachedurst, und fast will es mich bedünken, als ob ein Gewitter in der Luft läge, wie es drüben bei den Franzosen manchmal losgeht. Kommt dergleichen einmal bei uns, dann sei der liebe Gott allen Schindern und Forstgehilfen gnädig.“

„Sehr bedenklich!“ meinte Dr. Haarzopf.

„In der Tat sehr bedenklich,“ echote der andere Unterstaatssekretär.

„Das sind revolutionäre Stimmungen und Umtriebe!“ fuhr Dr. Haarzopf fort. „Da muß man einschreiten, bevor es ein Unglück gibt.“

Lolo lachte laut auf.

„Ich glaube kaum, daß die Weltgeschichte eine Revolution kennt, die sich daraus entwickelte, daß ein Bauernmädel außerehelich niederkam. Lassen wir den Bauer Gottlob Hartmann räsonieren und die anderen Bauern dazu. Darüber stürzt wahrlich das Staatsgebäude nicht ein. Prosit, meine Herren! Ich muß heute im Schlosse tanzen und das erfordert Vorbereitungen. Auf Wiedersehen!“

Damit war sie verschwunden, nachdem sie den Staatsmännern noch eine Kußhand zugeworfen.

„Ein tolles Weib!“ seufzte der Ministerpräsident. „Wie das alles einmal enden wird!“

„Mit einem großen Krach natürlich,“ sagte trocken der eine Unterstaatssekretär. Der andere nickte stumm. Sie packten ihre Papiere zusammen und gingen und ahnten so wenig wie Lolo, daß aus des Bauern Gottlob Hartmann Eingabe die Weltgeschichte gesprochen hatte. Natürlich nur die spezifische Weltgeschichte des Reiches Erichs des Neunundneunzigsten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751920126-10/fragment/page=0002

ein Vermögen von 48 Millionen versteuere. Diese Meldung versah der fromme Verfasser mit der Ueberschrift „Revolutionsgewinnler in der Schweiz“ und knüpfte daran wehleidige Betrachtungen, wie der Führer der Mehrheitssozialdemokratie, von persönlicher Selbstsucht getrieben, seine Stellung nur benutzt habe, sich zu bereichern. Eine Berichtigung Scheidemanns führte nur zu neuen Invektiven.

Nunmehr stellte Genosse Scheidemann Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. A. Wagner. Der Staatsanwalt erhob öffentliche Klage. Vor Gericht brach natürlich die Behauptung des Angeklagten über Scheidemanns Millionen in nichts zusammen. Die eingeholte Auskunft des Gemeindevorstandes Wädenswil lautete dahin, daß von einem Scheidemannschen Besitz in der Schweiz dort nichts bekannt sei. Es handle sich vielleicht um eine Verwechslung mit der dortigen Parvusschen Besitzung. Nunmehr wurde der Angeklagte erheblich kleiner und beteuerte, eine absichtliche Beleidigung Scheidemanns habe ihm ferngelegen. Er habe seine Verleumdungen nur ausgestreut, um die Moral im Volke zu heben und dem sittlichen und religiösen Empfinden freie Bahn zu schaffen.

Für diese Sorte Moralhebung hatte aber das Gericht kein Verständnis und verurteilte den Angeklagten zu 1000 Mark Geldstrafe. Außerdem wurde dem Nebenkläger Scheidemann die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Das Charakteristische aber ist, daß diese Verleumdung in der ganzen „nationalen“ Presse die Runde gemacht hat und, wo sie nicht gefaßt wurde, natürlich auch nicht widerrufen worden ist. Auch nicht werden wird! Denn es geht nichts über das Anstandsgefühl der nationalen Ehrabschneider.

Gewerkschaftliches.

Zwei Entschließungen des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Für die Vollsozialisierung des Bergbaues.

Der Hauptvorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (früher Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) hat sich in seiner Sitzung vom 18. November erneut mit der Sozialisierung des Bergbaues befaßt und folgende Kundgebung beschlossen:

Der AfA-Bund hält unbedingt an dem Beschluß seiner Vorstände-Konferenz vom 7. November 1920 fest, wonach für die freigewerkschaftlich gerichtete Angestelltenschaft nur die Vollsozialisierung auf der Grundlage des Vorschlages I der Sozialisierungskommission annehmbar ist.

Die dauernden Verschleppungsversuche in den sogen. „Verständigungskommissionen“ des Reichswirtschaftsrates werden auf das schärfste verurteilt und die freigewerkschaftlichen Abgeordneten des R. W. R. aufgefordert, diesem Treiben der Stinnes-Leute ein Ende zu machen.

Der Versuch, die Bergarbeiter und die Grubenbeamten durch Gewinnbeteiligung und Verabreichung kleiner Aktien zum Verzicht auf die Sozialisierung zu bewegen und so das kapitalistische Ausbeutungssystem erneut zu verankern, kommt einer Verhöhnung der klassenbewußten Arbeitnehmerschaft gleich. Der Vorstand des AfA-Bundes ruft die Angestellten auf, wachsam zu bleiben und zu rüsten, um die Sozialisierungskomödie des Reichswirtschaftsrates durch den rücksichtslosen Kampf um die Vollsozialisierung des Bergbaues zu ersetzen.

Zum Streikrecht in lebenswichtigen Betrieben.

Aus Anlaß der Vorgänge beim Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik veröffentlicht der Vorstand des AfA-Bundes folgende Stellungnahme:

Der Vorstand des AfA-Bundes wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die von den Moskauer Drahtziehern eingefädelten Versuche, die Angestellten und Arbeiter lebenswichtiger Betriebe in wilde Streiks zu treiben und so chaotische Zustände herbeizuführen. Angesichts dieser Putschistentaktik von links und den damit motivierten scharfmacherischen Gegen-Maßnahmen der Reaktion werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer aufgefordert, auf dem Wege der Selbsthilfe durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen Entscheidungsstellen zu schaffen, deren Zustimmung für die Einleitung von Streiks in lebenswichtigen Betrieben vorher eingeholt werden muß.

Hierbei lehnt der AfA-Bund jede Einschränkung des Streikrechts entschieden ab und protestiert gegen die Verordnung des Reichspräsidenten anläßlich des Elektrizitätsarbeiterstreiks. Sie stellt nur eine Wiederbelebung des von allen Gewerkschaften abgelehnten Entwurfes der Schlichtungsordnung dar. Ebenso wird die Technische Nothilfe nach wie vor als eine behördlich sanktionierte Organisation des Streikbruchs abgelehnt.

Die Grundsätze der Menschlichkeit und der Arbeitnehmersolidarität gebieten es aber, daß die Belegschaft eines Betriebes, dessen Stillegung das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsleben aufs empfindlichste berührt, ihre Entscheidung in der vorgeschlagenen Weise und unter unmittelbarer Mitwirkung einer Körperschaft trifft, die als Vertretung der Gesamtheit aller Arbeitenden angesprochen werden kann.

Der Kampf in der niederschlesischen Metallindustrie.

Zur Vorgeschichte des am 23. November in den Betrieben des Verbandes der niederschlesischen Metallindustriellen ausgebrochenen Streiks teilt uns der Bezirk Schlesien des deutschen Metallarbeiterverbandes u. a. mit:

Zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht seit Jahren eine Kollektivvereinbarung, nach der die Stunden- und Akkordlöhne durch Tarifverträge zu regeln sind. Die Arbeiterschaft hat seit dem April d. J. keine Lohnerhöhungen erhalten da die Ende Juni eingereichten Forderungen der Organisationen strikt abgelehnt wurden. Die auf Grund von neuen Arbeiterforderungen im Oktober eingeleiteten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband hatten ein solch minimales Ergebnis, daß es unmöglich war, die Arbeiterschaft zufriedenzustellen. Durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Liegnitz wurden für gelernte Arbeiter über 22 Jahre Lohnerhöhungen von 20—30 Pfennig pro Stunde festgesetzt und für ungelernte Arbeiter solche von 5—10 Pfennig. Arbeiterinnen und Jugendliche sollten überhaupt keine Lohnzulagen erhalten. Dieses Lohnabkommen sollte bis zum 1. Februar 1921 gelten und erst von dann ab mit monatlicher Frist gekündigt werden. Mit dieser Sachlage beschäftigte sich eine Konferenz der Metallarbeiterorganisation aller Richtungen und nahm in geheimer Abstimmung mit 89 gegen 6 Stimmen eine Resolution an, in der unter Hinweis darauf, daß die anderen Industrien Schlesiens in Anbetracht der Verteuerung der Lebensunterhaltung nennenswerte Lohnerhöhungen bewilligt haben, der Liegnitzer Schiedsspruch abgelehnt wird. In vollem Verantwortungsgefühl empfiehlt daher die Konferenz den Streik, der die einzige Möglichkeit zur Erzielung eines Erfolges bietet.

Es ist damit zu rechnen, daß sich an diesem Streik zirka 30—40 000 Personen der Metallindustrie Niederschlesiens beteiligen. Die Schuld an ihn kann nur der ablehnenden Haltung der Unternehmer beigemessen werden. Die gesamte Arbeiterschaft jeder gewerkschaftlichen Richtung, die an diesem Streik beteiligt ist, erwartet, daß die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands die Streikenden moralisch unterstützen wird, um so ein Ergebnis zu erzielen, daß den Forderungen der Streikenden entspricht. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Parteinachrichten.

Politische Aufklärungsarbeit

zu leisten ist heute mehr denn je notwendig. Die Unkenntnis breiter Volksmassen über die elementarsten Gesetze des politischen und wirtschaftlichen Geschehens kann nur durch unermüdliche Bildungsarbeit bekämpft werden. Um diese Arbeit zu erleichtern, hat der Zentralbildungsausschuß Referentenmaterial in Form von Kursusdispositionen herausgegeben, von denen neu erschienen sind: Dr. Quark, Die Reichsverfassung von Weimar (1 Mk.), Paul Hirsch, Gemeindesozialismus (1,50 Mk.), Erich Kuttner, Die politischen Parteien in Deutschland (Doppelnummer 2 Mk.). Eckstein Leitsätze zum Studium der Geschichte des Sozialismus (1 Mk.), Kaimes, Wirtschaftsgeschichte (1 Mk.), Laufkötter, Sozialisierung des Wirtschaftslebens (1 Mk.), Schuld, Grundbegriffe der Volkswirtschaft (1,50 Mk.). Weitere Dispositionen sind in Vorbereitung. Bestellungen sind unter vorheriger Einsendung des Betrages nebst Porto an den Zentralbildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (R. Weimann) Berlin SW. 68, Lindenstraße, zu richten.

Rote Woche im Kasseler Bezirk. Vom 4. bis 12. Dezember halten die Genossen Kassels ihre „Rote Woche“ ab. Während dieser Zeit soll der Aufruf der Internationale mit einem Nachwort im ganzen Bezirk angeschlagen werden. Eine Broschüre „Der Kasseler Parteitag“ wird an alle Parteimitglieder gratis verteilt werden, dabei soll die Werbung der Frauen erfolgen. Scheidemanns Rede: „Die Republik in Gefahr“ wird als Broschüre an Nichtmitglieder der Partei gratis verabfolgt. Möge diese Kraftanstrengung unserer Genossen den gewünschten Erfolg bringen.

2030 neue Kampfgenossen mustert der Sozialdemokratische Verein Hannover-Stadt seit dem 1. Oktober.

417 neue Parteimitglieder, 682 neue Leser für die „Rheinische Zeitung“ brachte der erste Tag der Werbewoche vom 22. bis 27. November der Kölner Sozialdemokratie!

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Oberschlesien.

Tarnowitz, 25. November. In dem bisher schon recht unruhigen Orte Stollarzowitz wurde in der Nacht zum Mittwoch bei einer Hochzeitsfeier ein Wachtmeister der Abstimmungspolizei von einem Polen andauernd belästigt, der schließlich eine Ohrfeige davontrug. Darauf wurden die anwesenden 12 Mann der Abstimmungspolizei umstellt und mit Karabinern und Pistolen angegriffen. 60 bis 80 Schuß wurden abgegeben. Die telephonische Verbindung wurde abgeschnitten. Der auf dem Schauplatz erscheinende englische Kreiskontrolleur wurde angehalten und mußte sich schließlich mit der Waffe Bahn schaffen. Zwei Haupträdelsführer wurden verhaftet. Die Waffen waren mit einem Schlage verschwunden. Eine Anzahl Personen wurde verletzt.

Oppeln, 25. November. Nach einer Verordnung der Interalliierten Kommission haben alle nicht in Oberschlesien geborenen Wachtmeister der blauen Polizei das Abstimmungsgebiet innerhalb 14 Tagen zu verlassen.

Paris, 25. November. Im Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten sprach Ministerpräsident Leygues über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Er soll dabei als Abstimmungstermin die Zeit gegen den 5. Januar angegeben haben. Als strittig bezeichnete er die Frage, ob allen außerhalb Oberschlesiens wohnhaften Oberschlesiern das Stimmrecht verliehen werden soll. Es handele sich um 250 bis 300 000 Deutsche. Das könne eine große Gefahr für die Ordnung bedeuten. Die Interalliierte Kommission werde demnächst ihre Entscheidung in dieser Frage treffen.

Von der Völkerbundstagung.

Genf, 25. November. Die Kommission für die Abrüstungsfrage nahm am Donnerstag nach längerer Debatte zwei Anträge an, einen von Lord Cecil, betreffend die Ernennung einer Unterkommission und betreffend die Beschränkung der Rüstungen auf folgende drei Punkte: Private Herstellung von Waffen, Nützlichkeit der Ernennung einer besonderen Untersuchungskommission und Schaffung einer besonderen Abrüstungskommission beim Generalsekretariat des Völkerbundes. Ferner wurde ein zweiter Antrag von Fisher-England angenommen, der den Präsidenten Branting beauftragt, die Mitglieder der Untersuchungskommission zu ernennen. Die Kommission beschloß, die nächste Sitzung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindet, der Blockadefrage zu widmen.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Unter Vereinsanzeiger sollen alle Veröffentlichungen aus dem Vereinsleben, auch Todesanzeigen, gebracht werden.

Delitzsch. Sonnabend, den 27. November, abends ½8 Uhr, im Parteilokal „Deutsches Haus“: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: Bericht vom Parteitag in Kassel (Gen. Drescher-Halle) und „Fichte, ein Vorkämpfer der Sozialdemokratie“ (Gen. Dr. Gottschling. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. **Der Vorstand.**

Mücheln. Sonntag, den 28. Nov., abends 6 Uhr, findet im Vereinslokal „Zur guten Quelle“, Mücheln die fällige Monatsversammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Freunde u. Gönner können eingeführt werden. **Der Vorstand.**

Naumburg. Sonntag, den 28. 11. 20, abends 8 Uhr im „Schützenhaus“: Versammlung. Tagesordnung: Bericht vom Parteitage. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

WOHLFEILE WOCHE

Beginn: **Sonnabend, den 27. November.**

Wir bringen in dieser Woche in allen Abteilungen gute Waren in reicher Auswahl zu außerordentlich billigen Preisen.

Emil Joske — Weissenfels

Ecke Markt- und Jüdenstrasse. Grösstes Geschäftshaus am Platze Filiale: Merseburger Strasse.

Achtung! Steuerabzug!

Datumsstempel zum Entwerten von Steuermarken, Invalidenmarken usw. sowie auch alle anderen Stempel liefert prompt und preiswert die

Buchhandlung der Volksstimme.

Weißenfels

Bekanntmachung.

Die der Stadtbücherei angegliederte Jugendbücherei wird am 1. Dezember ds. Js. eingezogen. Bücher, die nach diesem Termin noch in Händen der schulpflichtigen Jugend sind müssen mit Ablauf der Leihfrist abgegeben werden.

Weißenfels, den 24. November 1920.

Der Magistrat.

Gelegenheitskauf!

Ulster für Arbeiter

Noch ein Restbestand!

Mk. 125^{00} — 175^{00} — 225^{00}

Mk. 275^{00} — 325^{00} — 375^{00}

Endepols & Dunker

Große Ulrichstr. 19, 20.

Gelegenheitskauf!

Promenaden-Gamaschen

in feinster Ausführung und Qualität.

kunstseidene und wollene

Oberhemden in

Krawatten, Krag

Handschuhe u.

Spazie

empfiehlt in gr.

Walter Pets

Kleine K

RETTET OBERSCHLESIEN

Wir geben jedem 5% Rabatt auf alle seine Einkäufe

der während der Oberschles. Woche Abt. 10.— bei uns zeichnet

Vom 29. November bis 4. Dezember

bringen wir, um allen unseren Kunden Gelegenheit zu geben, bereits zum Weihnachts-Fest günstig einzukaufen, in allen Abteilungen unseres Hauses

ganz besonders vorteilhafte Angebote!

Unser Personal ist angewiesen, ohne zum Kauf zu dringen, jeden gewünschten Gegenstand vorzulegen.

Sehenswerte Dekoration zum Schaufenster-Wettbewerb!

Vorverkauf Sonnabend, den 27. November 1920.

Herren

Anzüge	neue Stoffe, neue Farben 650.— 475.—	350—
Sport-Anzüge	m. Gurt u. Falte 800.— 650.—	595—
Ulster	in neuen Stoffen, farbige Absetze 725.— 460.—	280—
Paletots	i. tragfähig Stoff, la Verarbeitung 850. 619.—	475—
Raglans	in woll. Flauschstoffen 850.— 650.—	495
Hosen	gestr. Kammgarne, neueste Muster . . 150.— 110.—	94—
Rauch-Joppen	warme Qualität	152—
Schlafröcke	mollig. Flauschstoffe	228—
Fantasie-Westen	bunt gemustert	69—

Damen

Schlupfhöschen	Ia. Baumwolle, 6 Farben . .	26,50
Strümpfe	starke Winterware . .	9,75
Strümpfe	Ia. Baumwolle, verstärkt 6 Farben	11,75
Handschuhe	warm gestrickt . .	10,50

Ganz besonders preiswert!

Ulster-Hüte	ohne Ausnahme . .	29—
Filz-Hüte	mit echtem Leder . .	59—
Rauh-Schals	150 cm lang, neue Streifen . . .	38—
Hosenträger	mit Gummi-Ersatzteilen	8,50

Herren

Oberhemden	farbig u. weiss 95.—	89—
Einsatz-Hemden	Makko . . .	55—
Normal-Hemden	wollgemischt	45—
Strick-Westen	warm gestrickt .	41
Socken	starke Winterware	9,75
Selbstbinder	breite Form . . .	14,75

Kinder

Ulster u. Pyjacks	blau u. farbig 131.— 84.—	40—
Anzüge	haltbare Qualitäten 153.— 104.—	80—
Strümpfe	warm gestrickt . . .	7,75
Handschuhe	warm, stark . . .	10—

Rodel-Garnituren
Bleyle Anzüge

A. WEISS AM MARKT

Der Holzbau

Gross-Wanderschau
Circus
Henny's einzigst existierender heizbarer Holzwinterbau auf dem Rossplatz. Morgen Sonnabend, den 27. 11 abends 7½ Uhr
Gala-Eröffnung
Henny's Prachtliöwengruppe 30 Weltattraktionen

ist gut geheizt.

Pelikan-Caramelbier

Ueberall erhältlich.
Freybergs Brauerei
Fernspr. 6065, 6418.

Auf
Kredit
zu besonders leichten Bedingungen kaufen Sie
Wäsche
Hemden für Damen und Herren.
Unterzeuge, Parchent Gardinen etc. Herren-Anzüge und Ulster
nur bei
Carl Klingler
Halle, Leipzigerstr. 11, Eingang Sandberg
Kein Laden, nur 1. Etage.
Bei Anfragen Porto beifügen.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 27. Nov., abends 7½ Uhr:
Sinfonie-Konzert.
Leitung: Prof. Dr. Hans Pfitzner.
Sonntag nachm.: Jugend.
Sonntag abend: Hoffmanns Erzählungen

Heydrich-Konservatorium
Dienstag, 30. Nov., 7 Uhr
I. Beethovenabend
Eintrittsprogramme im Sekretariat.

Apollo-Theater
tägl. 7½
Heute zum letzten Male:
Die Frau im Hermelin.
Sonnabend, d. 27. Nov.
Ehrenabend für
Dir Walter Steinert
anläßl. der Feier seines 25jähr. Bühnenjubiläums
„Der Juxbaron".
Optte. i. 3 Akt. v. W. Kollo mit Dir. W. Steinert als „Juxbaron".
Sonntag: Der Juxbaron.

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Sonnabend, den 27. November, abends 7 Uhr, im „Volkspark" Burgstraße:
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
Die Gewerkschaften u. die 3. Internationale.
Referent: Verbandsvorsitzender Kollege Kotzur-Berlin
Korreferent: Arbeiterrätesekretär Genosse Grabow-Halle.
Kollegen! Die Wichtigkeit vorstehender Tagesordnung macht das Erscheinen aller Kollegen notwendig. Zutritt nur mit ordnungsmäßigem Buch. Wer länger wie acht Wochen rückständig ist, hat keinen Zutritt. Die Versammlung beginnt pünktlich. Ohne Buch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Die bedeutenden Gestalten der großen französischen Revolution von **1789** und die gewaltigen Ereignisse zeichnet Schikowski in seinem Buche:
Sitten- u. Charakterbilder aus der französischen Revolution
in lebendigen u. packenden Bildern.
Preis geh. 7,50 Mk. und 20%
Zu haben:
Buchhandlung Volksstimme,
Grosse Ulrichstr. 27.

Durch Entgegenkommen der Zuckerfabrik Brehna habe ich auf dem Hofe derselben eine
Kleinverkaufsstelle für Speisesirup
eröffnet. Der Verkauf findet täglich statt, außer Sonntag.
Unruh, Kaufmann.

Kurt Litzenberg
Abt. Verkaufsstelle
Gr. Steinstr. 11
Telefon 4025.
Eigene Erzeugnisse in Beleuchtungskörpern, Kochern, Platten, Oefen in großer Auswahl billigst.

Freifrucht-Marmelade
Aepfel, Himbeeren, Pflaumen.
Weißenfelser Marmeladenfbr
Ladenverkauf: Jüdenstr. 27.

Wir empfehlen in täglich frischer Ware:
Ia. Rossfleisch
Lende, Rouladen, Bratenfleisch usw.
1 Pfd. nur 8 Mk.

Ia. Knackwurst	1 Pfd. nur 9 Mk.
Ia. Brühwurst	1 Pfd. nur 8 Mk.
Ia. Rot- und Leberwurst	1 Pfd. nur 5 Mk.
Ia. Sülze	1 Pfd. nur 3 Mk.

H. Böhlert & Co.,
Erste Hall. Schlachtpferde-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.
Telephon 1568 und 4046.
Verkaufsstellen:
Böhlert, Glauchaerstr. 75, Müller, Plannerhöhe 41.
Axthelm, Reilstr. 23, Ackermann, Wolfstr. 14.
Holland, Torstr. 43, Strömer, Kl. Sandberg 14,
R. Hohndorf, Ammendorf, Hohestr. 7.

Wir kaufen
zu ständig. hoh. Preisen Rohprodukte all. Art:
Wolle, Lumpen, Papier, Eisen, Felle usw.
Treten mit jeder Konkurrenz an.
Günther & Co.,
Fell- und Rohproduktenhandlung,
Halle (S.), Graseweg 8. Tel. 6130
Hole auf Wunsch sofort ab.

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
Fürstl. radium akt. Schlammbäder, Moor- u. medizinischen Bäder.

Frauen
Nicht verzweifeln bei Regelstörung, Blutstockung. Mein erprobtes wirksames unschädliches Spezialmittel hilft sofort ohne Berufsstörung. Garantie in jedem Falle. Geld zurück. Auch Sie werden mir dankbar sein. Verlangen Sie noch heute umsonst ausführlich Nr. 13 von P. Schwärecke Hettstedt.

Pianos, neu und gebr.
auch auf Teilzahlung.
Stimmungen schnellstens.
H. Lüders, Mittelstr. 9-10.

Nur solange Vorrat reicht
Maschinengarn
200-Meter-Rolle Mk. 3,— und 2,50, 1000-Meter-Rolle Mk. 14,50.
Wünsch & Kaps
Ludwig-Wucherer-Str. 1a, Nähe Wettiner Wallstr.

Gesellschafts-Spiele
Selbstbeschäftigungsspiele
empfiehlt in gr. Auswahl
Albin Hentze.
24 Schmeerstr. 24

In keinem Arbeiter-Haushalt sollte die
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
von Dr. med. Zadek sein.
Preis für jedes Heft **1.45 Mk.**
Verlangen Sie Verzeichnis
Buchhandlung der
Volksstimme
Gr. Ulrichstraße 27.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Hasenfelle
reifen
nitz

Leinenwaren, Wäsche
preiswert
Bruno Freytag.

Wo? bekommen Sie für wenig **Geld** einen aufsitzenden **Anzug u. Paletot?**
Nur bei
O. Heinrath & Sohn,
Steg 19.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 9 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201126-10/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Ortsvorstand und Preßkommission. Freitag, abends 6 Uhr, in Wilsdorfs „Gesellschaftshaus“ Sitzung.

Beamten Werbeausschuß. Sämtliche Beamte der Partei versammeln sich am Freitag, den 26., abends 8 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus zu einer wichtigen Beratung. U. a. Vortrag des Landtagsabgeordneten Gen. Garbe über die preußische Besoldungsreform. Das Erscheinen aller Beamtenmitglieder ist notwendig.

Verein Arbeiter-Jugend. Heute, abends 7 Uhr, findet im Mozartheim (Guttemplerheim) ein Vortrag des Gen. Wort über die hiesigen Organisationsangelegenheiten statt. Die Wichtigkeit des Referats macht es jedem zur Pflicht zu erscheinen. Zutritt haben nur Mitglieder. **Der Vorstand.**

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 26. November 1920.

Helferinnen für die Buchwoche gesucht!

Für die vom 1. bis 8. Dezember, täglich nachm. von 3 Uhr ab, in der Aula der Klosterschule, stattfindende **Ausstellung von Jugendschriften, Heimatbücher und Bilder** werden unsere Genossinnen und deren größeren Töchter um ihre Mitarbeit gebeten. Meldungen sind an die Buchhandlung der „Volksstimme“ zu richten. Am 1. Ausstellungstage, den 1. Dezember, findet für die Jugend ein Märchennachmittag und für Erwachsene abends ½8 Uhr ein **Heimatabend für Oberschlesien** mit Liedervorträgen, einem Vortrag über die Bedeutung Oberschlesiens für unsere Republik sowie Spiele der Arbeiter- und Guttempler-Jugend statt. Programmfolge der anderen Ausstellungstage wird noch veröffentlicht. Die Leitung der Ausstellung liegt in Händen des Hallisch. Lehrervereins.

Kommunistische Jugend.

Der Erwachsene von heute hat nicht nötig, sich in die Kirche zu begeben, wenn er zur Erkenntnis seiner Sünden kommen will. Er braucht zu diesem Zwecke nur in den Volkspark zu gehen und der kommunistischen Jugend zuzuhören. Schade, daß so wenige davon Gebrauch machen, denn an dem dort verzapften Gemisch von Wahrheit und Irrtum, Jugendgeist und Zeitungsphrase, klingenden Worten und verworrenem Gewäsch kann das Alter lernen, wie sehr es sich an seinem Nachwuchse versündigt hat, und wie sehr die verwirrte Gegenwart die Gemüter unserer Zukunft zwischen recht und schlecht hin und her zerrt.

Der jugendliche Zuhörer freilich ist nach den Reden genau so klug wie vorher. Nicht einmal die eigenen Mitglieder der „Sternenträger“ nehmen Lehre an, wenigstens paffen einige während ihrer Jugendversammlung stolz die unentbehrliche Zigarette. Solchen Mitgliedern gegenüber scheint man sehr „reformistisch“ zu sein, im übrigen ist man „revolutionär“. Die Forderungen der kommunistischen Jugend können deshalb nicht weit genug gehen, und zu ihrer Erfüllung sind alle Mittel anzuwenden, nicht zuletzt die Mordwaffe, weil es darauf ankommt, den kapitalistischen Gegner „mit seiner eigenen Waffe“ zu schlagen, und das ist vornehmlich der Krieg. Mit dieser Weisheit ist die k. J. glücklich auf dem Standpunkt angelangt, den Lauffenberg und Wolfheim einnahmen, nur gilt es nicht dem Kriege nach außen hin, sondern dem im eigenen Lande. Bekanntlich besteht das Wesen einer besseren Waffe darin, daß sie dem Gegner entweder den Gebrauch der seinigen nicht erlaubt oder ihn so erschwert, daß er nutzlos wird. 1890 mußte die deutsche monarchische Regierung die Nutzlosigkeit des Sozialistengesetzes, 1918 ihre eigene Beseitigung und 1920 einen verfehlten Versuch zu ihrer Wiedereinführung erleben. In keinem Falle hatte die Sozialdemokratie den Bürgerkrieg nötig. Sieger waren lediglich der Glaube an ihre gerechte Sache und der einheitliche Wille, einer unfähigen Regierung den Gehorsam und einer unrechtmäßigen die Erzeugung von Gütern solange zu verweigern, bis sie darauf verzichtete, sich und ihre Ziele mit Waffengewalt durchzusetzen. Die Hände, welche diese siegreichen geistigen Schwerter führten, waren Partei und Gewerkschaft. Mit beiden war und ist die k. J. unzufrieden. Sie teilt diese Stimmung mit der übrigen Jugend des werktätigen Volkes, aber ihr Irrtum liegt darin, daß sie das Versagen von Partei und Gewerkschaft in Jugendfragen auf deren Kampftaktik gegenüber dem Kapitalismus zurückführt. Dieser für die gesamte kommunistische Bewegung entscheidende Irrtum hat seine Grundlage in der kommunistischen Geschichtsauffassung. Sie ist im wesentlichen bei der Tendenzgeschichte des Schulunterrichts stehen geblieben, welche den Krieg als beste Lösung aller Menschheitsnöte darstellte. Während aber die Schule die kriegerischen Erhebungen unterdrückter Volksklassen verschwieg oder schief beurteilte, nimmt sich der Kommunismus gerade diese zum Muster. Die Bezeichnung „Spartakusbund“ sagt alles. So läßt sich die k. J. die Tatsache entgehen, daß nicht der rücksichtslose Kampf ums Dasein, sondern die Kraft brüderlichen Zusammenhalts die Fortdauer der Arbeiterklasse und ihre Emporbildung gewährleistet. Das Schlimmste ist jedoch, daß sie dabei allmählich den Sinn dafür verliert es unter sich und in jedem Einzelnen zu wahrhaft brüderlicher Gesinnung und menschlicher Veredelung zu bringen. Das aber erstrebt gerade der nicht kommunistisch gerichtete Teil der Arbeiterjugend. Seine Unzufriedenheit mit Partei und Gewerkschaft liegt vorwiegend in dieser Richtung. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sollen eben nicht nur auf dem Banner, sondern im Herzen eines jeden Sozialisten leuchten. Solange sich die k. J. nicht zu diesem Grundsatze bekennt, solange wird sie dem Proletariat mehr schaden als nützen. G—sch.

Städtische Beamte und Hilfsangestellte.

Aus dem Kreise städt. Beamter erhalten wir eine längere Zuschrift, die sich mit der Abwehr der Angriffe beschäftigt, welche von Seiten der Hilfsangestellten und der Stadtverordneten Bowitzki und Schweikart gegen die Beamten gerichtet wurden. Wir ersparen uns die Wiedergabe aller Einzelheiten, da wir der Meinung sind, daß der ganze Streit zwischen Hilfsangestellten und Beamte recht unnötig ist. In den großen sozialen Kämpfen unserer Zeit halten wir es für sehr verderblich, wenn versucht wird, eine arbeitende Bevölkerungsschicht gegen die andere auszuspielen. Deshalb verurteilen wir auch entschieden das Verhalten des Linksunabh. Herrn Bowitzki, der glaubt, die Hilfsangestellten gegen die Beamten hetzen zu müssen. Die Klagen der Hilfsangestellten sind zu verstehen. Man muß sich endlich allseitig zu der Auffassung durchringen, daß auch die Hilfsangestellten eine berechtigte arbeitende Schicht darstellen und darf keine Unterschätzung derselben an den Tag legen. Hier liegt noch viel im argen. Der Wert des Menschen besteht in seinen Leistungen, nicht aber in der Zugehörigkeit zu dieser oder jener Berufsklasse. „Als Glieder eines Volkes haben wir bei der entsetzlichen Not unseres Vaterlandes und unserer eigenen Bürde doch alle das größte Interesse an einer baldigen Gesundung der zerfahrenen Verhältnisse und daher wirklich dringendere Aufgaben zu erfüllen, als uns gegenseitig in unfruchtbare Streitereien einzulassen.“ Dieser Meinung, welche die Beamten in der Zuschrift Ausdruck geben, können wir nur beipflichten. **Solidarität und wahrhaftes soziales Mitfühlen ist mehr denn je nötig.**

Die Postbeamten in Halle für Anschluß an den Verkehrsbund!

Der Verband des Post- und Telegraphenpersonals hatte zum Dienstag, den 23. November eine Versammlung aller Post- und Telegraphenbeamten, Telegraphenarbeiter und -handwerker, sowie der Angestellten einberufen, in der Postschaffner Koll. Scherff-Essen über: „Die wirtschaftliche Lage der Post- und Telegraphenbeamten und Diätare und das Besoldungsgesetz“ referierte.

Ausgehend von der Untätigkeit der Beamtenorganisationen vor dem Kriege, schilderte Redner die wirtschaftliche Lage vor allen Dingen der unteren Beamten. Während und nach dem Kriege ist das Entgegenkommen der Behörden um kein Jota besser geworden. Mit dem Hinweis auf die „große Besoldungsreform“ haben sich alle Beamten mit kleinen Brocken abspeisen lassen. Nun auch dieses Monstrum vorliegt, befriedigt es nach keiner Seite. Alle Arbeiter und Angestellten in Industrie und Handel haben mit Hilfe der freigewerkschaftlichen Organisationen einen Ausgleich mit der sprunghaften Teuerung einigermaßen herstellen können. Die Beamtenverbände haben vollkommen versagt und Schaden angerichtet, der nicht wieder gut zu machen ist. Daran hat der Beamtenbund ein gerüttelt Maß Schuld. Es konnte auch nicht anders kommen, denn bis vor kurzer Zeit saßen im geschäftsführenden Vorstand von 99 Mitgliedern nur 12 untere Beamte. Und diese Organisation hatte die Hauptarbeit in der Besoldungsfrage zu leisten. Mittlere Beamtengruppen haben sogar gegen die hohen Ansprüche der unteren Einspruch erhoben. Hier im Postbetrieb muß ehrlich anerkannt werden, daß erst der Zusammenschluß aller Lohnempfänger in freien Gewerkschaften Wandel geschaffen hat hinsichtlich der Bezahlung des gesamten Postpersonals. Vor ganz kurzer Zeit hat man unter Berufung auf den Lohntarif der Posthelfer allen Diätaren der Post 95 Prozent der Helferlöhne zugestehen müssen. Und nun stellt sich heraus, daß die Schaffner z. T. schlechter als die Diätare entlohnt werden. Nun muß hier wieder gebessert und nach oben weiter nachgeholfen werden. Also sind hier die Folgen der freien gewerkschaftlichen Organisation unverkennbar. Die Telegraphenarbeiter haben ebenfalls den gewerkschaftlichen Boden betreten und dadurch weit höhere Lohnsätze erreicht, als die Beamtenschaft in absehbarer Zeit zu erwarten hat. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland bringt die Beamtenschaft mehr und mehr unter die Räder. Die Tätigkeit und Zerfahrenheit im Vorstand des Beamtenbundes während und nach den Kapp-Tagen zeichnete der Referent aus eigenster Kenntnis mit einigen Strichen. Dem Reichsverband der Postbeamten ist mit seinen 140 000 Mitgliedern nie der ihm zustehende Einfluß zugestanden worden. Seine und die Schwäche des Bundes ist aber vor allen Dingen durch das letzte Ultimatum ganz offenbar geworden. Die Folgen werden nicht ausbleiben und machen sich bereits bemerkbar in dem mangelnden Zugeständnis der Kinderzulage. Diese Entwicklung mußte von jedem Einsichtigen vorausgesehen werden. Eine Umstellung der Organisationen in Kampforganisationen mußte sofort nach den Revolutionstagen einsetzen. — Wollen die Postbeamten auch fernerhin angesichts der kommenden Ereignisse in Wirtschaft und Politik, als „neutrale Verbände“ ihren eigenen Weg gehen und sich mit ihren Angehörigen zum dauernden Hungerdasein verpflichten? Verneinen sie diese Frage, dann kann die Antwort nur lauten: Hinein in den Deutschen Verkehrsbund. Schulter an Schulter die Einheitsfront mit allen freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten hergestellt! Unser Los ist untrennbar mit dem der deutschen Arbeiterklasse verbunden.

In der Diskussion unterstrichen die Kollegen Dürrfeld, Knuth und Waßnick als Vertreter des Reichsverbandes die sachlichen Ausführungen Scherffs. Nur sei die Beamtenschaft nicht genügend gewerkschaftlich geschult. Die Erziehung muß erst vorgenommen werden. Die Unkündbarkeit der Beamten und die Pensionsfrage sind Vorrechte, die kein Beamter aufgeben kann, weil sie in längeren Entbehrungsjahren erkauft werden mußten.

Gegen einige Stimmenenthaltungen wurde dann folgende Entschließung angenommen: „Die am Dienstag, den 23. Nov. in Wilsdorfs Gesellschaftshaus versammelten Postangestellten und Beamten der hallischen Post- und Telegraphenämter — einberufen vom Verband des Post- und Telegraphenpersonals (Reichsabteilung im Deutschen Transportarbeiterverband) — erklärt einstimmig: Der Zusammenschluß aller Post- und Telegraphenbeamten einschließlich der Telegraphenarbeiter und Handwerker und sonstigen Lohnempfänger im Deutschen Verkehrsbund muß unter allen Umständen in kürzester Frist erfolgen, damit eine wirksame Interessenvertretung erreicht wird. — Die Versammelten fordern daher die Verbände — Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, sowie den Verband des Post- und Telegraphenpersonals (Reichsabteilung im D. T. V.) auf, unverzüglich in Verhandlungen zwecks Eingliederung Auf- und Ausbau in den Deutschen Verkehrsbund einzuleiten, und zum Abschluß zu bringen. Sie sind der Auffassung, daß die Verbandsleitungen dem Mehrheitswillen der Mitglieder unbedingt Rechnung tragen müssen. Sollte der Reichsverband seine Mitarbeit versagen, so sind die gesamten Angestellten und Beamten bereit, die Konsequenzen daraus zu ziehen und dem Verkehrsbund beizutreten. Der Zusammenschluß darf an Personen nicht scheitern, sondern das große Ziel, Schaffung einer Einheitsorganisation aller im Transport- und Verkehrsgewerbe Beschäftigten, muß allein maßgebend sein.“

Die Annahme dieser Entschließung bedeutet kein Lippenbekenntnis, sondern ist als ernster Wille, dem die Tat folgt, zu bewerten.

Eine öffentliche Lehrerversammlung
findet Sonnabend, den 27. November, 8 Uhr abends,
in der Talamtschule
statt. **Geh. Regierungsrat Neumann-Berlin, vom Kultusministerium spricht über: Die Lehrerbesoldung.**

*

Lehrerversammlung. Die gestern in der „Volksstimme“ bekanntgegebene Lehrerversammlung ist eine öffentliche und allgemeine. Sie findet nicht in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, sondern im Schulsaal der Talamtschule am Sonnabend abend, pünktlich 8 Uhr, statt. Herr Neumann vom Kultusministerium wird über den Stand der Besoldungsreform sprechen.

„Netto“. Unter den Veranstaltungen der am Montag beginnenden oberschlesischen Opfertage in Halle sei heute vor allem auf eine Theateraufführung hingewiesen, die der Bildungs- und Unterhaltungsausschuß des Gewerkschaftsbundes der Angestellten am 2. Dezember veranstaltet. Unter freundlicher Mitwirkung von Mitgliedern des Stadttheaters gelangt die Bauernposse „Der Amerika-Seppl“ zur Aufführung. Die Rolle des „Seppl“ hat Willy Schur übernommen; sein unverwüstlicher Humor garantiert allein schon den Erfolg des Abends. Die übrigen Rollen sind mit ersten Mitgliedern des Stadttheaters besetzt. Die Vorstellung beginnt pünktlich um ½8 Uhr, um nach der Aufführung noch Zeit für ein Tänzchen zu gewinnen. Der Reinertrag dieses Abends fällt der Oberschlesienspende zu. Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu 4 Mark, an der Kasse zu 4,50 Mark, zu erhalten. Der Vorverkauf erfolgt in der Geschäftsstelle des G. D. A., Gr. Ulrichstr. 54, sowie in den Zigarrengeschäften Franz Beck, Leipziger Straße 56 und Willy Bennemann, Niemeyerstraße 11. Auch die hiesigen Kleinkunstbühnen haben sich in den Dienst der guten Sache gestellt. So sind zugunsten der Oberschlesienspende für Dienstag (30. November) 7½ Uhr abends in den Varietees „Drei Könige“ und „Bratwurstglöckle“ bunte Abende angekündigt; in „Beths Bunter Bühne“ findet am Freitag (3. Dezember) ein heiterer Künstlerabend statt mit Prolog des Improvisators und Stegreif-Dichters Oskar Burger. Das „Moderne Theater“ veranstaltet am Sonntag, den 5. Dezember, einen „Oberschlesien-Nachmittag“. In allen Lokalen wird ein der Bedeutung des Tages angepaßtes Programm aufgeführt. — Der „Künstlerverein auf dem Pflug“ veranstaltet in dem Juweliergeschäft von Wratzke & Steiger in der Poststraße einen Verkauf von Kunstwerken zu mäßigen Preisen zugunsten der „Netto“. 50 Prozent vom Erlös sollen der Grenzspende zugeführt werden.

Als Beitrag zur Rettung Oberschlesiens veranstaltete Mittwoch, den 24. November in der „Loge zu den 3 Degen“ die Männer-Liedertafel (1845) mit der Kapelle des Beamtenvereins ehemaliger Militärmusiker unter Mitwirkung der hier bestbekannten Opernsängerin Frau Dina Mahlendorff ein großes Konzert. Es kann als ein voller Erfolg der Veranstalter gebucht werden. Unter bewährter Leitung seines Dirigenten Herrn Konzertmeister Max Knoch brachte der Gesangverein viele bedeutende Werke stimmungsvoll zu Gehör. Besonders gut gelungen: „Hochamt im Walde“ von R. Becker „Helgoland“ v. H. Sonnet, „Vom Rhein“ von M. Bruch, † 2. Okt. 1920, „Gesang der Pilger bei der Heimkehr“ a. d. Oper „Tannhäuser“ von R. Wagner und das bekannte Volkslied „Heidenröslein“ von A. v. Othegraven. Diese Chöre stellen ganz besondere Anforderungen. Die Kapelle, 50 Mann stark, brachte unter dem Stabe seines Leiters Herrn A. Keßler die große Fantasie a. d. Op. „Lohengrin“ zum Vortrag. Frau Dina Mahlendorff erntete stürmische Ovationen bei Wiedergabe des Rezitativ und Arie aus „Carmen“ von G. Bizet und den vier Liedern für Sopran von Fr. Schubert. Eins sei an dieser Stelle geklagt, es gibt immer noch gewisse Leute, welche bei allen derartigen Veranstaltungen Störungen hervorrufen, die bei einiger Rücksichtnahme vermieden werden können. Wer zum Konzert geht, soll auch bis zum Schluß verweilen, damit andere in ihrem Genuß nicht gestört werden. St.

Rentenzahlung bei der Post. Die Zahlung der Militär-Versorgungsgebührnisse und der Invaliden- und Unfallrenten findet an den Hauptlagen im Saale der Weißbierhallen (Bernburgerstr., Ecke Mühlweg) in nachstehender Weise statt: für Militärrenten am 29. November für die Inhaber der Stammkarten Nr. 1 bis 15 000, am 30. November für die Inhaber der Stammkarten Nr. 15 001 bis Schluß, für Invaliden- und Altersrenten am 1. Dezember für die Inhaber der Stammkarten Nr. 1 bis 3800, am 2. Dezmber für die Inhaber der Stammkarten Nr. 3801 bis Schluß. Für diejenigen Empfänger von Militär-Versorgungsgebührnissen, welche die Zustellung der Beträge ins Haus beantragt haben, erfolgt die Auszahlung durch die Besteller am 29. und 30. November. Besonders wird noch darauf hingewiesen, daß die Quittungen zu den Invaliden- und Unfallrenten für Dezember polizeilich beglaubigt sein müssen.

Das Museum am Großen Berlin hört mit dem 1. Dezember d. J. auf, zu bestehen; es muß den dringenden Raumbedürfnissen des Wohnungsamtes weichen. Die Leitung der städtischen Sammlungen hat sich ohne Sträuben in das Unabänderliche gefügt; denn an dieser unfreundlichen und abgelegenen Stätte konnte unsere schöne Sammlung neuerer Kunst nie recht zur Geltung kommen: zu den gleichen Stunden, an denen Hunderte das Museum in der Moritzburg aufsuchten, verirrten sich immer nur einzelne nach dem Großen Berlin.

Ein Parteisekretär verschwunden. Wie bürgerliche Zeitungen berichten und von der „Saale-Zeitung“ bestätigt wird, ist der Parteisekretär Hermann von der Deutschdemokratischen Partei Halle unter Mitnahme einer erheblichen Summe aus der Parteikasse seit einigen Tagen verschwunden.

Kraftwagenverbindung Halle-Schkeuditz. Die bestehende Autoverbindungslinie ist etwas geändert worden. Die Wagen berühren auch regelmäßig die Ortschaften Bruckdorf, Dieskau und Döllnitz, von wo aus sie weiter durch die Auedörfer bis Schkeuditz fahren.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Sonnabend, den 27. November, abends 7 Uhr, im „Volkspark“, Burgstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Gewerkschaften und die 3. Internationale. Referent: Verbandsvorsitzender Kollege Kotzur-Berlin. Korreferent: Arbeitersekretär Genosse Grabow-Halle. Kollegen! Die Wichtigkeit vorstehender Tagesordnung macht das Erscheinen aller Kollegen notwendig. Zutritt nur mit ordnungsmäßigem Buch! Wer länger wie 8 Wochen rückständig ist, hat keinen Zutritt. Die Versammlung beginnt pünktlich. Ohne Buch kein Zutritt. **Die Ortsverwaltung.**

Hallischer Lehrerverein. Dienstag, den 30. November, 8¼ Uhr abends, Vortrag in der Talamtschule über: Menschen- und Bürgerrechte. Vortragender: Prof. Dr. Hübner.

Metallarbeiter. Sonnabend, den 7. November, abends 7 Uhr, im „Volkspark“ Versammlung der Schmiede. Aussprache über die Beschlüsse auf der Reichskonferenz.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, gelangt das fröhliche Spiel „Als ich noch im Flügelkleide“ zur Aufführung. Sonnabend, abends 7½ Uhr, „Sinfonie-Konzert“ unter Leitung von Prof. Dr. Hans Pfitzner. Sonntag nachmittag wird als Volksvorstellung bei kleinen Preisen das Drama „Jugend“ von Max Halbe gegeben, abends 7½ Uhr „Hoffmanns Erzählungen“. Montag „Der Zigeunerbaron“.

An die Freunde Hallescher Kammermusik! Heute, Freitag, abends 8 Uhr, in der Loge zu den fünf Türmen (Albrechtstraße) findet die V. Kammermusik mit den beiden markantesten Vertretern Böhmischer Musik, Smetana und Dvorak, statt. Smetanas programmatisches „Aus meinem Leben“ und das musikantenfrohe, tanzbeschwingte F-Dur-Streichquartett (op. 96) von Dvorak.

Beethovenfest in Bruno Heydrichs Konservatorium. Der erste Beethovenabend, der Dienstag, den 30. November, abends 7 Uhr, im Saale des Konservatoriums stattfindet, bringt die Sonate zu vier Händen Op. 6, Sätze aus den Sonaten zu zwei Händen Op. 2 Nr. 3, Op. 10, Op. 14 Nr. 2, Andante Favori, Mondscheinsonate Op. 27 und Op. 31. Dann an Gesängen: Macht und Vorsehung, Bußlied, Adelaide, Lieder aus Egmont, Wonne der Wehmut, Arie der Marzelline aus Fidelio und die F-dur Romanze für Violine. Interessenten erhalten Eintrittskarten im Sekretariat.

Die C.-T.-Lichtspiele, Gr. Ulrichstraße 51, kündigen für diese Woche den großen Monumentalfilm „Weltbrand“ in 6 spannenden Akten an. Unter der Regieführung des dänischen Regisseurs Urban Gad ist, wie man uns schreibt, dieses Filmwerk „Weltbrand“ nach dem Roman „Christian Wahnschaffe“ entstanden. Der Film führt die Zuschauer durch alle Länder der Erde. Der Schönheitsuchende Christian Wahnschaffe, der im wilden Taumel dem Genusse nachjagt, gerät in die Liebesbande der großen Tänzerin Eva Sorel. Hier auf der Höhe seines im Dienst der Schönheit aufgehenden Lebens, sieht er sich plötzlich am Rande eines fürchterlichen Abgrundes. Iwan Becker öffnet ihm die Augen über die schreckliche Wirklichkeit des Daseins und zeigt ihm das grauenvolle Elend, zu dem Millionen unterdrückter Menschen als Sklaven der Mächtigen und Großen verdammt sind. **Friede den Hütten und**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201126-10/fragment/page=0005

Krieg den Palästen predigt der fanatische Apostel der Menschenliebe. Der Funke, den er in Christians Herz gelegt hat, glimmt in den dunklen Höhlen der politischen Geheimklubs weiter, bis er jäh zu einem Weltbrand emporlodert, der Gute und Böse im wilden Feuer vernichtet. — Fesselnde Bilder und hochdramatische Szenen führt dieser Monumentalfilm vor unsere Augen. Die packende Handlung spielt in glänzenden Pariser Salons und in der Pracht Petersburger Fürstenhäuser wie in den dunklen Behausungen des Auswurfs der Menschheit. — Glänzende darstellerische Leistungen tragen zu der Schaffung eines Films von hohem Kulturwert bei. Von den Darstellern der Hauptrollen seien nur kurz genannt Konrad Veidt, Hugo Flink, Hermann Vallentin, Leopold Ledebour, Ernst Matray, Theodor Loos, Helga Molander, Lillebill Christensen, Frida Richard und andere mehr. — Für den heiteren Teil ist ein Lustspiel „Karlchens Vaterfreuden" eingesetzt. Wieder einmal ein Karlchen-Film und einer von den lustigsten.

Ein Abend im Modernen Theater bereitet jedermann Humor. Ein reichhaltiges Programm guter Vortragskünstler befriedigt auch den vielseitigsten Geschmack. Den Abschluß im November-Programm bildet allabendlich ein Künstler-Ball, wobei sämtliche Künstler mitwirken und der Kontrast zwischen dem verblödeten und abgelebten Fürsten und seinem Serenissimus mit den anderen Mitwirkenden immer stürmische Heiterkeitssalven hervorrufen.

Provinz und Umgegend.

Kampf dem Preiswucher.

Die außerordentliche Bezirkskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die am Sonntag, 21. d. M. in Halle getagt hat, nahm einstimmig eine scharfe Protestentschließung gegen den Preiswucher in Fleisch und Kartoffeln an. Wir machen

unsere Ortsvereine

darauf aufmerksam, daß die Bezirkskonferenz ihnen in jener Entschließung eine wichtige Aufgabe zugewiesen hat, die sich aus folgenden Sätzen ergibt:

Die Bezirkskonferenz fordert die Vorstände in allen Ortsvereinen des Bezirksverbandes auf, genauere Feststellungen darüber zu machen, welche Preise in den einzelnen Orten für Fleisch- und Wurstwaren aller Art, sowie für Kartoffeln, gefordert werden.

Ebenso sind die genauen Namen und Adressen derjenigen Landwirte und Geschäftsleute, die sich des Preiswuchers mitschuldig machen, anzugeben, damit diese Personen in der Oeffentlichkeit gebührend gekennzeichnet werden.

Die Ortsvereinsvorstände werden ersucht, über diese Preisfeststellungen dem Bezirksvorstand sofort Bericht zu erstatten.

Wir ersuchen die Ortsvereine, dem Auftrage der Bezirkskonferenz baldigst nachzukommen.

Der Bezirksvorstand i. A.: R. Drescher.

Ein Nachspiel zum Röblinger Streik.

Am 22. 11. fand vor dem Eisleber Schlichtungsausschuß eine Verhandlung gegen 28 Betriebsratsmitglieder der Riebeckschen Montanwerke statt. Eine schon vorher gegen neun Betriebsratsmitglieder stattgefundene Verhandlung wurde vertagt, um die übrigen Betriebsratsmitglieder sowie weitere Zeugen zu laden. Die Anklage war von der Werksleitung auf Entfernung von ihren Aemtern beantragt und stützte sich auf die §§ 39 Abs. 2, 66 und 78 des Betriebsräte-Gesetzes. Die Streitfrage war: „Hatten die Betriebsräte den Streik beschlossen oder die Belegschaften?" Aus einem Schreiben, vom 8. Oktober datiert, ging ohne weiteres hervor, daß ersteres der Fall sei, nur verschanzten sich die Betriebsräte dahinter, daß es auf Drängen der Belegschaften geschehen sei. Der Vorsitzende wollte nun feststellen, wie das in Erscheinung getreten sei. Hierbei gab es wiederholt scharfe Zusammenstöße zwischen dem Vorsitzenden und den Betriebsräten. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Grumbach gab ohne weiteres zu, daß dies ein Fehler in der damals an die Werksleitung gesandten Resolution sei und appellierte an das Menschlichkeitsgefühl des Schlichtungsausschusses. Ein vollständig klares Bild ließ sich nicht gewinnen. Daß die Betriebsräte für ihre Sache mit allen Mitteln kämpften, kann ihnen niemand verargen. Die ganze damalige Streikaktion war aber schon von vornherein verfahren. Die kommenden Betriebsratswahlen werden auch danach ausfallen. Trotzdem die ganze Verhandlung so reich an dramatischen Zwischenfällen war, endete sie ziemlich friedlich und ein tiefer Eingeweihter konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier wohl ein großer Teil Theaterdonner, um nicht zu sagen bestellte Arbeit, gemacht worden war. Der Vorsitzende ermahnte zum Schluß zur Einigkeit und ersuchte die Verwaltung um Zurücknahme der Klage. Die anwesenden Vertreter der Riebeckschen Montanwerke erklärten sich hierzu bereit, wenn die anwesenden Betriebsratsmitglieder eine Erklärung abgeben würden, daß sich das Verhalten der Betriebsräte im Widerspruch mit einem großen Teile der Belegschaft und den Bestimmungen des § 68 des Betriebsrätegesetzes und den geltenden Bestimmungen des Tarifvertrages befände. Diese Erklärung soll durch Werksanschlag und Bekanntgabe in mehreren Zeitungen den Belegschaften übermittelt werden. Die Betriebsratsmitglieder erklärten sich im großen und ganzen damit einverstanden und wünschten nur, daß das Wort große aus dem Satz „große Teile der Belegschaft" weggelassen und von einer Veröffentlichung in den Zeitungen Abstand genommen würde. Die Vertreter der Verwaltung stimmten dem zu. Damit hat dieser Teil des Dramas ein friedliches Ende gefunden, wie es in den einzelnen Familien endet, geht ja den Machern nichts an. Schuld sind die Arbeiter selber, daß diesen Zuständen kein baldiges Ende bereitet wird.

Weißenfels. Volkshochschule. Wiederum waren die Hörer zu den Vorträgen unseres Genossen Waentig über Volkswirtschaftslehre vollzählig erschienen. Zweiter abend. Der Verkehrsprozeß. Nach Erledigung einiger Anfragen der Hörer, ging Genosse Waentig zu seinem Thema über. Er behandelte zunächst die Volkswirtschaft, die ein geschlossenes Ganzes aller Staaten an sich bildet. Zeigte an Beispielen den Merkantilismus, eine volkswirtschaftliche Anschauung, welche den Handel als die eigentliche Quelle des Reichtums betrachtet Krämergeist, der von einer bestimmten Politik des betreffenden Staates geleitet wird. Er zergliederte die Verkehrswirtschaft (Warenproduktion, Tauschhandel, Gütertransport, Erwerbserweiterungen), und kam dabei zu den Schluß, ohne Provit raucht kein Schlot. Der Gütertrag als Organisator, schöpferisch, in Warenabsatzgebiete im Markt und Tauschverkehr. Im lokalen Verkehr bestimmter Güter, — Weltverkehr, Edelmetalle, Geld usw. — dringlichen und weniger dringlichen Marktverkehr je nach den betreffenden Zeitumständen (Konjunktur). Das Leben der Güter, wobei die Grundsätze, feste Preise, der Austausch am Markte vorherrscht. Eingehend erläuterte er die Entwickelung des Geldes, die kapitalistische Wirtschaft. Genosse Waentig entfaltet bei seinen Vortragen einen Sprachschatz, der mustergültig auf die Zuhörer wirkt. Er versteht es, eine feine Nuancierung des Abends zu geben.

Roßbach b. Weißenfels. Vortragskursus. Nach vorhergegangener genauer Darlegung des historischen und naturwissenschaftlichen Materialismus, wird Genosse Thronicker-Weißenfels mit der Einführung der Entwickelung der Volkswirtschaftslehre, als vierten Vortragsabend beginnen. Zur Behandlung kommt: Der alte Kommunismus und dessen Ablösung durch privatwirtschaftliche Produktion, Familien- und Gesellschaftsformen. — Mutter- und Vaterrecht. — Der Staat. Wir bitten, wieder recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr. Die Broschüren, Die Leitsätze zur Volkswirtschaft, kommen zur Verteilung.

Naumburg. Achtung! Mitgliederversammlung. Am Sonntag, den 28. d. M., abends 7½ Uhr, findet im „Schützenhaus" die Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Bezirkstag. Alle Mitglieder werden gebeten, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Zörbig. Aus der Parteibewegung. In der letzten Vorstandssitzung des Ortsvereins, an der auch Mitglieder zur Teilnahme zugelassen waren, erstattete zunächst Gen. Kronbügel Bericht über die Bezirkskonferenzen in Bitterfeld und Halle. Die auf beiden Konferenzen gegebenen Anregungen wurden eingehend besprochen. Beschlossen wurde folgendes: 1. Es wird eine Ortsvereinsbibliothek aus den vom Bezirksvorstand zur Verfügung gestellten politischen Broschüren und freiwilligen Spenden der Mitglieder (die Bücher und Hefte brauchen nicht rein politischen Charakter zu tragen, sondern können auch allgemein belehrenden und unterhaltenden Inhaltes sein) gebildet und den Mitgliedern gegen eine geringe Leihgebühr (20 Pfg.), die der Ortsvereinskasse zufließt, zur Verfügung gestellt. Sie wird vom Gen. Kronbügel verwaltet, der noch Näheres über Lesezeit und Bücherei-Umtauschstunden bekanntgeben wird. 2. Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung zu Beginn des Dezember fällt, da Beschlüsse nicht zu fassen sind, aus. An deren Stelle findet der zweite Vortragsabend für Mitglieder und eingeführte Gäste am Freitag, den 3. Dezember im Vereinslokal (Schlütersche Gasthof zum gold. Schwan) statt, an dem Gen. Kronbügel über „Der Sozialismus und die Frau" sprechen wird. Ferner wurden dem in die hiesige städtische Steuerkommission gewählten Gen. Schröter die verschiedensten Anregungen zur Erschließung neuer Steuerquellen für Stadthaushaltplan gegeben. Sämtliche Vorschläge wurden lebhaft und eingehend besprochen. Wie verlautet, soll die erste Steuerkommissionssitzung etwa Mitte nächster Woche stattfinden.

Köthen. Unterstützungen der Kleinrentner. Die Stadtverwaltung Köthen hat auf Antrag des Oberbürgermeisters Heynemann 50 000 Mark zur Unterstützung der Bevölkerungskreise bereitgestellt, die unter der Geldentwertung am meisten zu leiden haben und zum Teil in bitterste Not geraten sind. Gedacht ist dabei besonders an Kleinrentner und solche Personen, die wegen Krankheit oder Alters nicht mehr arbeiten können und nur ein Zwergkapital besitzen, das zum Lebensunterhalt nicht mehr ausreicht. Die Verteilung geschieht durch einen Sonderausschuß nach eingehender Prüfung der Verhältnisse.

Dessau. Preissturz der Vieh- und Fleischpreise in Anhalt. Zu einem gewaltigen Preissturz in Vieh- und Fleischpreisen haben die vom Landesernährungsamt festgesetzten Richtpreise für Anhalt geführt. Der Schweinepreis ging von 1600 auf 1000 Mark pro Zentner zurück, der Schweinefleischpreis von 22 auf 16 Mark. — Anhalt hat bekanntlich eine überwiegend sozialdemokratische Regierung.

Delitzsch. Mitglieder-Versammlung. Am Sonnabend, den 27. November, abends pünktlich ½8 Uhr, findet unsere Mitglieder-Versammlung statt. In derselben wird Gen. Drescher-Halle einen Bericht geben vom Parteitag in Kassel und Gen. Gottschling wird über „Fichte, ein Vorkämpfer der Sozialdemokratie" sprechen. Zu dieser Versammlung werden die Parteigenossen mit ihren Frauen eingeladen.

Schönebeck. Ueberfall auf eine Fabrik. Einen Ueberfall auf die Gummifabrik Wielop in Schönebeck führte eine bewaffnete Bande von zwölf Personen aus. Der 69 Jahre alte Portier Valentin wurde zur Herausgabe der Schlüssel und Oeffnung des Tores gezwungen. Darauf stellten sie den alten Mann 1½ Stunden in eine dunkle Ecke und zwangen ihn unter Todesdrohungen, stillzustehen, damit er niemand zu Hilfe rufen konnte. Zu diesem Zweck hatten sie auch die Telephondrähte durchgeschnitten. Ein Automobil fuhren sie in Grund und Boden. Den Arbeitern der Gummifabrik verboten sie, zu Hilfe kommen, da sie sonst erschossen würden. Schönebeck ist von der Roten Armee besetzt.

Mühlberg. Einem Verbrechen zum Opfer gefallen? Vermißt wird seit Dienstag voriger Woche der Viehhändler Friedrich Mägdefessel aus Staritz (Kreis Torgau), nachdem er am angegebenen Tage einen Ochsen bei einem hiesigen Fleischermeister verkauft und dafür den vollen Erlös erhalten hatte. Der Vermißte hat sich zuletzt in einer am Hafen gelegenen Gastwirtschaft aufgehalten und von dort aus bei Einbruch der Dunkelheit den Weg zur großen Fähre antreten wollen. Er war 56 Jahre alt.

Liebenwerda. „Errungenschaften" der Neuzeit. Es wirkt wirklich seltsam, wenn man im Liebenwerdaer Kreisblatt vom 24. November die folgende Spruchliste der Geschworenen für die Schwurgerichtsperiode in Torgau liest: „Emil Lame, Oberzollinspektor, Torgau, Friedrich Blüthgen, Postsekretär a. D., Torgau, Emil Salbaum, Landwirt, Rödgen, Karl Schneider, Maurer, Pretzsch a. E., Josef Havestadt, Fabrikdirektor, Biehla, Alexander Krienitz, Landwirt, Walterdorf, Karl Kramper, Landwirt, Purzien, Reinhold Fetzer, Gutsbesitzer, Lausig, Heinrich Emil Meyer, Maschinenmeister, Torgau, Reinhold Hase, Tischlermeister, Jessen, Artur Kühne, Postverwalter, Lauchhammer, Karl Juttig, Privatmann, Düben, Karl Küster, Guts- und Mühlenbesitzer, Torgau, Waldemar Schmidt, Mühlenbesitzer, Reuden, Otto Günther, Rittergutsbesitzer, Gutsbezirk Döllingen, Konrad Bourzutschky, Fabrikbesitzer, Wittenberg, Karl Winter, Fabrikbesitzer, Elsterwerda, Heinrich Welter, Gutsbesitzer, Steubeln, Emil Hemeter, Direktor, Elsterwerda, Max Teichmüller, Buchdruckereibesitzer, Eilenburg, Heinrich Melching, Bankbeamter, Torgau, Adolf Behr, Klempnermeister, Ortrand, Erich Kinder, Rittergutspächter, Grochwitz, Alfred Evers, Molkereiinspektor, Colochau, Gottfried Engelbrecht, Seminardirektor, Eilenburg, Julius Walther, Steinsetzer, Zeckritz, Max Munkwitz, Landwirt, Mutzschlena, Harald von Hausen, Landwirt, Tauschwitz, Franz Krüger, Gutsbesitzer, Werdau, Adolf Rabitz, Fabrikdirektor, Torgau." — Wir verlangen keine Parteiliste, aber man lese sich diese Liste durch: Lauter Gutsbesitzer, deutschnationale Kreistagsabgeordnete in Hülle und Fülle, sogar der deutschnationale Abgeordnete, Direktor Hemeter ist dabei. Es freut uns dies ganz besonders, weil er seinen vielen Titeln im Reichstagsabgeordnetenalmanach nunmehr hinter seinem Titel als „Kreisbullenkörungskommissar" auch den Titel „Geschworener a. D." beifügen kann. Ganz wundern muß man sich aber über den Geschworenen Harald von Hausen in Tauschwitz. Abgesehen, daß dieser Mann bereits 77 Jahre alt ist, muß man erstaunt sein, daß er noch ein Amt annimmt. Aus einem Schreiben, daß dieser „wackere Republikaner" an eine Regierungsbehörde gerichtet hat, möge Folgendes bemerkbar gemacht werden, damit auch die Allgemeinheit weiß, wie man denken muß, um Geschworener zu werden: „Tempora mutantur et nos mutamur in illis." Aber nicht nur die Menschen, nein, auch die Umgangsformen (er spielt hierbei auf die Form eines amtlichen Ersuchens an) ändern sich im Laufe der Zeiten. Das Deutschland des 20. Jahrhunderts mit seinem entschieden asiatisch-semitischen Einschlag ist nicht das des 19. Jahrhunderts. Ich bin in den Sitten und Umgangsformen des 19. Jahrhunderts erzogen und alt geworden. Ich stehe im 77. Lebensjahre und bin sonach wohl einer Anpassung an die neuen Sitten und Umgangsformen nicht mehr recht fähig. Die Entscheidung, welche Form des Umgangs mit Menschen vorzuziehen sind, muß wohl jedem einzelnen überlassen sein. Jedem Narren gefällt eben seine Kappe. Rittergut Tauschwitz, den 7. 11. 1920. gez. von Hausen, Königl. Preuß. Hauptmann a. D." — Anerkennenswert ist die Selbsterkenntnis dieses Herrn und seine Zufriedenheit mit der eigenen Kappe. Ob er aber geeignet ist, nach dieser geäußerten Ansicht als Geschworener über Leben und Tod zu fungieren, möchten wir bezweifeln. Daß er sich aber wohl als Senior im Kreise der Mitgeschworenen fühlen wird, glauben wir. Unsere Parteigenossen in den beteiligten Kreisen, Torgau und Liebenwerda, fordern wir auf, sich diese offensichtliche Provokation in der Aufstellung der Geschworenenlisten für die Zukunft nicht mehr gefallen zu lassen. Wer die Liste der jetzt tätigen Geschworenen gelesen hat, der muß die Ueberzeugung haben, daß lediglich die besitzende, bürgerliche Klasse das Recht hat zu richten, der Proletarier nur die Pflicht, sich von diesen Herren verurteilen zu lassen. Unerhört, so etwas!

Lebensmittel-Kalender.

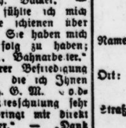
Städtischer Verkauf von Trockenei und Knochenbrühextrakt. In der städt. Verkaufsstelle „Talamtschule" wird bis auf weiteres freihändig verkauft: 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 3 Mark. Knochenbrühextrakt in 500 Gramm-Büchsen zum Preise von 2 Mark.

Städtischer Verkauf von Weizenmehl an Haushalte mit gelb umänderten Lebensmittelscheinen, ferner an alle Haushalte Verkauf von Milchpulver, Milchsüßspeise, Malzextrakt und Roß-Rot- und Leberwurst in der Talamtschule am Sonnabend, den 27. November 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 34 001 bis 40 000 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person der Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen 100 Gramm Weizenmehl zum Preise von 30 Pfennig für 100 Gramm, ferner an jede Person aller Haushalte 100 Gramm Milchpulver zum Preise von 1,60 Mark für 100 Gramm, 2 Pakete Milchsüßspeise zum Preise von 1,10 Mark für 2 Pakete, 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mark, sowie eine ½ Kilo-Dose Roß-Rot- oder Leberwurst zum Preise von 5 Mark abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Freibank-Verkauf. Zum Freibankverkauf am 27. November werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr: 151—250.

Halle, den 26. November 1920. **Der Magistrat.**

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; für „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanzke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil R. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig, sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. b. m. H. zu Halle Gr. Ulrichstr. 27.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 100 000 fach bewährt
— Preis M 3.00 —
In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Drogerie Kreyer, Lindenstr. 55, Drogerie Krütgen Nachf., Königstr. 24, Drogerie Schulze, Bernburgerstr. 32.

Was braucht der moderne Arbeiter?

Der moderne Arbeiter spielt eine politisch bedeutsame Rolle im heutigen Leben; es genügt daher nicht wie früher, daß er nur Kenntnisse in seinem Fachgebiete habe, sondern er muß eine gute Allgemeinbildung besitzen, um sich mit rechtem Verständnis und mit Erfolg am Ausbau einer neuen, glücklicheren Zeit beteiligen zu können. Wecken Sie darum Ihre schlummernde Begabung, bilden Sie Ihre geistigen Fähigkeiten aus, und Sie werden sich eine gut auskömmliche und geachtete Stellung in der Welt sichern. Viele haben keine Möglichkeit gehabt, ihre eigentliche Begabung zu erkennen, geschweige denn sie auszubilden. Und doch gibt es unter diesen oft ganz hervorragend begabte Menschen. So entdeckte man in einer Invalidenschule bei einem vorherigen Schuster ein bedeutendes Zeichner- und Malertalent. Ein Bauer, der erst 6 Wochen in der Schreinerabteilung gearbeitet hatte, fertigte eine so hervorragend schöne Schatulle, daß ein Schreinermeister jede Wette machen wollte, daß der Mann seit Jahren gelernter Schreiner sei. Und so leben unter den 60 Millionen deutscher Volksgenossen wohl viele dahin als mittelmäßige Kraft, die es in einem anderen Fach zu einer hervorragenden Stellung gebracht hätten. Viele Menschen, der werktätigen Arbeit sind, um sofort Geld zu verdienen um Vater und Mutter finanziell zu stützen, zu einem Beruf gekommen, den sie nicht lieben. Was könnte das deutsche Volk leisten, wenn jeder an seinem richtigen Platz stünde! — Um das zu erreichen muß man zuerst alle seine geistigen Fähigkeiten gründlich ausbilden. Den zweckmäßigsten und einfachsten Weg hierzu bietet Ihnen Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre, welche so abgefaßt ist, daß ihr auch der Mann mit einfacher Volksschulbildung leicht folgen kann. Sie ist ein brieflicher Unterricht, wobei der Verfasser seine Schüler Aufgaben lösen läßt, die sie zu selbständigem Denken zu eiserner Willenskraft, zu einem umfangreichen Wissen und Gedächtnis, einem mehr als durchschnittlichen Können erziehen. Alle diese gewinnbringenden Eigenschaften erwirbt sich der Lernende ohne Ueberanstrengung, ohne Berufsstörung, nur durch genaue Einhaltung der Vorschriften.

Einige Auszüge aus Zeugnissen von Arbeitern: „Ich spüre jetzt eine Willenskraft in mir, von der ich früher keine Ahnung hatte. F. Th., Zimmerer." — „Ein neues Leben begann mit dem Unterricht bei mir; vor allem wurde ich gründlich. H. Sch. Bäcker." — „Infolge meiner schweren Verwundung fühlte ich mich unglücklich denn meine ganzen Pläne schienen über den Haufen geworfen zu sein. . . . Sie haben mich gelehrt, was man tun muß, um Erfolg zu haben; Sie haben mich glücklich gemacht. K. G., Bahnarbeiter." — „Mit Genugtuung und großer innerer Befriedigung kann ich auf die Erfolge zurückblicken die ich Ihnen und Ihrer Geistesschulung verdanke. H. G. M. . . . o. Schmied." — „Ich bin mit Ihrer Geistesschulung sehr zufrieden. Die Verwertung derselben bringt mir direkt praktischen Erfolg. A. M., Bergarbeiter." — „Dank all der guten Winke, die Sie mir gaben, bin ich in zwei Jahren vom gewöhnlichen Arbeiter zum selbständigen Leiter einer Weberei emporgestiegen. A. Sch." — „Ihre Geistesschulung ist ein wahres Schatzkästlein, das die kostbarsten Diamanten in sich birgt. J. Sch., Brauer."

Verlangen Sie heute noch Prospekt.

Als Leser der

Volksstimme, Halle,

erbitte postwendend einen Prospekt (kostenfrei) von

Poehlmanns Geistesschulung.

Name: ....

Ort: ....

Straße: ....

Beruf: ....

Man sende diesen Bestellschein unter offenem Kuvert (mit 10 Pfg. frankiert) an L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München, E. 21.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201126-10/fragment/page=0006